

DIVERSITY MANAGEMENT



EIN ERFOLGS-
ANSATZ AUCH FÜR
PARTEIEN?

Seite 4

DIE STADTBahn DER ZUKUNFT



ÖPNV-AUSBAU:
WELCHER WEG IST
DER RICHTIGE?

Seite 5

SOZIALPOLITIK IN SCHWIERIGEN ZEITEN



WAS AUF
KOMMUNALER EBENE
MÖGLICH IST

Seite 9

AUSSERDEM:

- HANNOVER CITY 2020 S. 6
- SCHIENENNNetz S. 8
- ASBESTHALDE S. 14

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • JUNI 2010

Viele Menschen im Land wissen, dass sich vieles von Grund auf ändern muss, gewisse Privilegien nicht mehr zu halten sind und auch gespart werden muss. Aber es soll dabei gerecht zu gehen. Wir brauchen eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik. Grundlegende mutige Strukturreformen müssen angepackt werden, um Einsparungen und gerechtere Ergebnisse zu erzielen. Die Niedrigbesteuerung bei Vermögen und Umweltverbrauch muss beendet werden, um die Einnahmehasis zu verbreitern und die Verschuldung abzubauen.

DEUTSCHLAND IN DER VERTEILUNGSKRISE

Neben den deregulierten Finanzmärkten ist die Verschärfung der Verteilungskrise eine entscheidende Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Der große Vermögenszuwachs bei den Reichen und Superreichen führt größtenteils nicht zu privatem Konsum oder Investitionen in der Realwirtschaft, sondern wird auf den Finanzmärkten angelegt. Auch in Deutschland nahm die Ungleichverteilung in den letzten Jahren stark zu.

Die wachsende Ungleichheit der Einkommen führt zu einer strukturell zu niedriger Nachfrage und damit zu einer zu schwachen Konjunktur. Dies führt zu Forderungen nach immer neuen Konjunkturprogrammen und Steuerenkungen. Der Staat kann aber nur konjunkturelle Nachfrageschwächen ausgleichen. Versucht er es bei strukturellen Problemen, ist die logische Folge eine dauerhaft steigende Verschuldung. Reagiert die Politik mit allgemeinen Kürzungen z.B. bei den Sozialleistungen, verschärft sie die Verteilungskrise weiter.

DER GRÜNE SANIERUNGSPLAN

Für eine gerechte Zukunft: Investieren, sparen, mehr einnehmen und umstrukturieren. Verschuldungskrise, Verteilungskrise, Klimakrise und die Krise der Demokratie gemeinsam bewältigen. Von Sven-Christian Kindler, MdB im Haushaltsausschuss.



WOHIN ROLLT DER EURO? - ES GIBT ALTERNATIVEN ZUM SCHWARZ- GELBEN SPARPAKET.

FOTO: CC BY-NC-SA MAMMAL VIA FLICKR.COM

GENERATIONENGERECHT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Aus diesem Kreislauf müssen wir uns befreien. Einerseits durch Verringerung der Ungleichheit der Einkommen und Stärkung der Binnenkonjunktur, z.B. über einen gesetzlichen Mindestlohn, gezielte sozial-ökologische Investitionen und eine Verringerung des Niedriglohnssektors. Wieder produktivitätsorientiert steigende Löhne helfen nicht nur den ArbeitnehmerInnen ganz direkt. Andererseits durch Überwindung der strukturellen Probleme, indem wir die Zukunft aktiv gestalten und den Bundeshaushalt nicht kaputtsparen. Denn die Folgen

wären das Ausbleiben der dringend nötigen Sanierung in Form von Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Bildung sowie das Ausbremsen der Konjunkturbelebungs aufgrund lahmender Nachfragedynamik.

Eine ökonomisch sinnvolle und solidarische Lösung sieht anders aus. Mit einem Green New Deal muss die Krise als Chance genutzt werden und in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation des Wirtschaftssystems umgesteuert werden. Wir müssen gleichzeitig investieren, sparen, mehr einnehmen und umstrukturieren.

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Mit unserer Werkstatt 11-16 (S. 2) haben wir den ersten Schritt zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2011 unternommen. Bei strahlendem Sonnenschein in der anregenden Atmosphäre des Schulbiologiezentrums haben wir gemeinsam einen Tag voller intensiver Diskussionen und des Erfahrungsaustauschs zwischen den Grünen Kommunalos aus Stadt und Umland verbracht.

An dieser Stelle geht unser Dank an alle TeilnehmerInnen, die sich so engagiert in den Workshops eingebracht haben. Ein besonderer Dank gilt Michael Fuder, allen Mitwirkenden in den AGs und unseren Geschäftsführern Ronald und Christian sowie Carolin aus dem Stadtverband für die perfekte Vorbereitung und die Unterstützung bei der Durchführung. Aus unserer Sicht war es ein gelungener Start unserer Wahlkampf vorbereitungen.

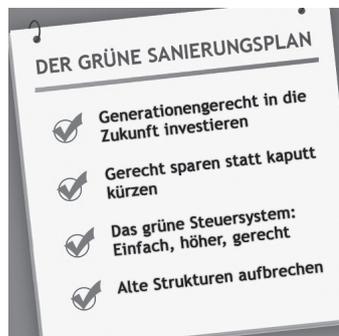
Während der Werkstatt konnten wir das Schulbiologiezentrum als einen besonderen Ort in der Region Hannover entdecken. Um weitere solcher Orte in der Region kennenzulernen, haben wir die Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" (S. 10) ins Leben gerufen. Es erwarten Euch in den nächsten Monaten eine Vielzahl von Führungen und Ausflügen. Hierbei haben wir nicht nur die Möglichkeit uns untereinander besser kennenzulernen, sondern auch mit Aktiven vor Ort über Inhalte grüner Politik ins Gespräch zu kommen.

**BRIGITTE DEYDA &
CHRISTIAN GAILUS
REGIONS-VORSITZENDE**

GERECHT SPAREN STATT KAPUTT KÜRZEN

Gespart werden muss dort, wo die Ausgaben nicht effizient, zielgenau und damit auch nicht gerecht sind. „Sparen bis es quietscht“ ist gefährlich für die Konjunktur und führt zu einem Teufelskreis aus Kürzungsrunden und weiteren konjunkturell bedingten Steuer-einbrüchen.

Der Staat darf kein Verhalten mehr subventionieren, das ökologisch mindestens bedenklich ist und einseitig Besserverdienende bevorzugt. Die Liste ist lang, von der Mehrwertsteuerbefreiung für Hoteliers über das Dienstwagensteuerprivileg bis zur Pendlerpauschale muss vieles auf den Prüfstand. Von Prestigeprojekten wie der Y-Trasse, Stuttgart 21, dem Berliner Schloss oder dem Nationalen Weltraumprogramm sollten wir uns verabschieden.



DAS GRÜNE STEUERSYSTEM: EINFACH, HÖHER, GERECHT

Das deutsche Steuersystem ist kompliziert, führt zu niedrigen Einnahmen und ist ungerecht. Es gibt zu viele Ausnahmen, von denen vor allem hohe Einkommen profitieren, so dass die durchschnittlichen Steuersätze wesentlich niedriger sind als die nominellen. Am ungerechtesten im deutschen Steuersystem ist der ungleichmäßige und schlechte Vollzug des Steuerrechts. Vermögen und Umweltverbrauch sind im internationalen Vergleich in Deutschland nur niedrig besteuert. Allein das Anheben der Vermögensbesteuerung auf den OECD-Durchschnitt würde 25 Mrd. Euro an Mehreinnahmen bringen, beispielsweise durch eine Vermögensabgabe, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Auch der Spitzensteuersatz muss angehoben werden und eine gesamte Erhöhung des Einkommensteuertarifs darf nicht zum Tabu erklärt werden.

Ein anderes Beispiel sind die ökologisch schädlichen Steu-

eranreize. Die Ökosteuern, die heute schon in Kraft sind, verlieren über die Zeit ihre Wirkung, da sie Mengensteuern sind. Bei der Mineralölsteuer muss der Steuersatz deswegen um 7,3 Cent pro Liter angehoben werden. Wer über kalte Progression spricht, darf zu diesem inflationsbedingten Verlust an Steuereinnahmen nicht schweigen.

ALTE STRUKTUREN AUFBRECHEN

Strukturen sind – einmal geschaffen und etabliert – nur noch schwer zu verändern. Trotzdem oder gerade deshalb müssen Strukturen im Rahmen eines Grünen Sanierungsplans aufgebrochen werden. Wir brauchen ein aktives Controlling des Staates. Zweck und Höhe der Ausgaben sowie die Zielerreichung der Maßnahmen müssen laufend evaluiert werden.

Beispielsweise werden aufgrund veralteter Strukturen Gelder der BeitragszahlerInnen und SteuerzahlerInnen bei der Rentenversicherung verschwendet. 80 Milliarden Euro, ein Viertel des Haushaltes, erhält die Rentenversicherung 2010 aus Steuergeldern. Es ist deshalb untragbar, dass eine so wichtige Institution wie die Rentenversicherung ohne konkrete Personalbedarfsplanung, ohne Raumplanung, ohne Beratungskonzept und ohne IT-Strategie arbeitet.

Weitere Beispiele für verkrustete Strukturen sind bei der Bundeswehr, den familienbezogenen Leistungen, den Beamtenpensionen oder im Gesundheitssystem zu finden, die Potential für grundsätzliche Veränderungen und erhebliche Effizienzgewinne bergen.

ZEIT FÜR EINE ÖFFENTLICHE DEBATTE!

Die Verhandlungen über die Ausrichtungen der kommenden Haushalts- und Finanzpolitik und damit die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, stehen jetzt an. Diese Debatte ist wichtig für uns alle – nicht nur für die Politik in Berlin, sondern auch für Euch! Beteiligt Euch an der Debatte unter: www.gruener-sanierungsplan.de

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler@bundestag.de



WARMLAUFEN ZUR KOMMUNALWAHL

Die Werkstatt 11-16 brachte die Grünen der Region zum Diskutieren über die Schwerpunkte der kommunalen Wahlperiode 2011 bis 2016 zusammen.



BEI HERRLICHEM SOMMERWETTER BOT DAS SCHULBIOLOGIEZENTRUM EINE ANGENEHME UMGEBUNG FÜR DIE WERKSTATT 11-16.

Unter dem Titel Werkstatt 11-16 hat der Regionsverband von Bündnis 90/Die Grünen am Samstag, den 5. Juni 2010 eine ganztägige Zukunftswerkstatt zur Kommunalwahl 2011 veranstaltet. Es ging darum, Ideen für die Kommunalwahlprogramme der Region und ihrer Kommunen zu sammeln und regionsweite Leitlinien Grüner Politik zu entwickeln. Inhaltlich vorbereitet worden war die Werkstatt 11-16 von den Fach-AGen in Stadt und Region.

Im gut besuchten Schulbiologiezentrum Hannover begann der Tag mit Vorträgen des Grünen Bürgermeisters von Neustadt am Rübenberge, Uwe Sternbeck, und von Britta Haßelmann, kommunalpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion. Beide sprachen zum Thema "Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten in Zeiten knapper Kassen".

Am Nachmittag wurde dann in verschiedenen thematischen Workshops diskutiert. Dabei trafen sich ExpertInnen von Bundes-, Landes-, Regions- und kommunaler Ebene mit Basismitgliedern. Die Werkstatt 11-16 erbrachte eine erste Sammlung von Ideen und Leitbilder, die in die Kommunalwahlprogramme einfließen können. Als gemeinsame Zielsetzungen für die

Kommunalwahl wurden unter anderem die inklusive Bildung, die Entwicklung einer innovativen Mobilität und der Erhalt und das Erlebarmachen von biologischer Vielfalt festgehalten. Eine weitere Idee der TeilnehmerInnen ist ein Aktionsprogramm gegen Armut. Nach dem Vorbild des Hannover Aktiv Pass könnten auch andere Kommunen in der Region diesem Beispiel folgen.

Die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in Entscheidungsprozesse soll verstärkt werden. Vielfalt sollten wir als Chance begreifen.

Für den Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen soll die regionale Wertschöpfung gestärkt und damit gleichzeitig Potenziale in den Bereichen Ökologie und Klimaschutz ausgebaut werden.

Die in der Werkstatt 11-16 erarbeiteten Ideen und Leitlinien werden nun aufbereitet und in der Parteiratssitzung am 22. Juni diskutiert. Anschließend sollen sie den Fach-Arbeitsgruppen und Ortsverbänden zur Verfügung gestellt werden, damit sie je nach Bedarf in die Wahlprogramme vor Ort einfließen können.

CHRISTIAN GÜNTHER

guenther@gruene-hannover.de



WER MACHT WAS?

Aufgabenverteilung des Regionvorstands - eine Übersicht:



BRIGITTE DEYDA, Vorsitzende

Zuständig für den Stadtverband Hannover, die Frauenversammlung und die Arbeitsgemeinschaften Berufliche Bildung und Umwelt.

E-Mail: deyda@gruene-hannover.de



CHRISTIAN GAILUS, Vorsitzender

Zuständig für die Ortsverbände Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze und die Arbeitsgemeinschaft WiReNa. Stellvertretend für die Ortsverbände Barsinghausen, Gehrden, Wennigsen und Ronnenberg. E-Mail: gailus@gruene-hannover.de



WILHELM ZABEL, Schatzmeister

Zuständig für die Ortsverbände Wedemark, Burgwedel, Isernhagen und Langenhagen und die Arbeitsgemeinschaften Fluglärm und Müll.

E-Mail: zabel@gruene-hannover.de



STEPHAN BEINS, Beisitzer

Zuständig für die Ortsverbände Garbsen und Seelze und die Arbeitsgemeinschaften Verkehr und Soziales, Jugend & Gesundheit. Stellvertretend für die Ortsverbände Neustadt und Wunstorf. E-Mail: beins@gruene-hannover.de



HINRICH BURMEISTER, Beisitzer

Zuständig für die Ortsverbände Neustadt und Wunstorf und die Arbeitsgemeinschaften WiReNa, Regionsfinanzen und Personal. Stellvertretend für die Ortsverbände Garbsen und Seelze. E-Mail: burmeister@gruene-hannover.de



ANGELA KLINGRAD, Beisitzerin

Zuständig für die Ortsverbände Wedemark, Burgwedel, Isernhagen und Langenhagen.

E-Mail: klingrad@gruene-hannover.de



DOROTA SZYMANSKA, Beisitzerin

Zuständig für die Ortsverbände Barsinghausen, Gehrden, Wennigsen und Ronnenberg und die Arbeitsgemeinschaft Frauen. Stellvertretend für Springe, Hemmingen, Laatzen und Pattensen. Mitglied im Landesparteirat. E-Mail: szymanska@gruene-hannover.de



ULRIKE WITTE, Beisitzerin

Zuständig für die Ortsverbände Springe, Hemmingen, Laatzen und Pattensen und die Arbeitsgemeinschaften Berufliche Bildung und Soziales, Jugend & Gesundheit. Stellvertretend für Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze. E-Mail: witte@gruene-hannover.de

KONTAKT ZUM VORSTAND UND ZUR GESCHÄFTSSTELLE:

Ronald Schütz und Christian Günther, Geschäftsführer, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover: Telefon: 0511 300 88 66. E-Mail: region@gruene-hannover.de.

KLIMANEUTRALE REGION HANNOVER

Die Region Hannover soll mit einem Zukunftspakt bei Emissionseinsparungen vorangehen.

Unsere großen Hoffnungen auf ein neues internationales Klimaschutzabkommen, das auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 verabschiedet werden sollte, wurden leider enttäuscht. Auf ein verbindliches Ziel für die CO₂-Reduktion ab 2013 konnten sich die Teilnehmerstaaten nicht einigen.

Mit durchschnittlichen CO₂-Emissionen von 11 Tonnen pro Jahr pro Person in Deutschland (laut UBA) liegen wir allerdings weit über dem Durchschnitt von 3,8 Tonnen pro Person weltweit.

Wer seine persönliche CO₂-Bilanz selbst ermitteln möchte, findet auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes unter <http://www.umweltbundesamt.de/klimaschutz/index.htm> neben detaillierten Informationen zum Klimaschutz übrigens auch einen CO₂-Rechner.

Auch wenn es bislang nicht gelungen ist, sich international auf eine deutliche und zügige Reduktion der Treibhausgase zu einigen, so ist es doch geboten in einem Land, dass wesentlich höhere Pro-Kopf-Emissionen aufweist als der internationale Durchschnitt, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Mit dem Klimaschutzrahmenprogramm für die Region Hannover, das im Jahr 2009 von der Regionsversammlung beschlossen wurde, hat unsere Grüne Regionsfraktion als Ziel bereits durchgesetzt, dass die CO₂-Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent gesenkt werden sollen.

Dem Klimawandel können wir aber nur erfolgreich begegnen, wenn wir langfristig die Atmosphäre nicht weiterhin durch die Emission klimaschädlicher Gase belasten. Deswegen wollen wir als Grüne erreichen, dass die Region Hannover klimaneutral wird. Auf dieses Ziel haben sich die Parteivorsitzenden und die Regionsfraktionsvorsitzenden von Grünen und SPD gemeinsam verständigt.

WIE KANN ES GELINGEN, DIESES ZIEL ZU ERREICHEN?

Wir stellen uns vor, dass sich alle Akteure einem Zukunftspakt für eine klimaneutrale Region verpflichten. Unter Federführung der Regionsverwaltung soll mit ihnen gemeinsam ein Dialog über die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen gestartet werden. In der Region Hannover verfügen wir durch zahlreiche zukunftsweisende Projekte bereits über ein großes Know-how in Bezug auf energieeffizientes Bauen und Sanieren im Gebäudebestand und bei der Nutzung erneuerbarer Energien.

Diese guten Beispiele gilt es noch mehr publik zu machen und damit für eine breite Umsetzung verfügbar zu machen. Unser Potenzial haben wir hier längst nicht ausgeschöpft.

Im Verkehrsbereich können wir in der Region Hannover ein sehr attraktives Angebot des öffentlichen Nahverkehrs vorweisen. Aber gerade im Stadtgebiet können wir die Nutzung des Fahrrads noch stärker fördern.

Für den Erhalt der Moore müssen wir uns weiterhin einsetzen. Mit dem Moorinformationszentrum in der Hannoverschen Moor-geest wollen wir u. a. über die Bedeutung der Moore für den Klimaschutz informieren.

Auch andere Regionen in Deutschland wie z. B. der Landkreis der Insel Rügen haben sich inzwischen dem Ziel der Klimaneutralität verpflichtet. Die Stadt Kopenhagen will dieses Ziel bereits 2025 erreicht haben und setzt dabei auf die energetische Gebäudesanierung, die Förderung der Elektromobilität und die Nutzung von Biomasse, Wind und Erdwärme für die Energieerzeugung.

BRIGITTE DEYDA
deyda@gruene-hannover.de



In puncto Diversity ist Deutschland noch weitgehend ein Entwicklungsland. Dies gilt für die Wirtschaft ebenso wie für die verschiedenen Ebenen der Politik. Auf internationaler Ebene hat sich in einigen Unternehmen bereits die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Diversity-Strategie ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg sein kann. In Deutschland jedoch findet man nur wenige Unternehmen, die Managing Diversity nicht nur als Schlagwort kennen, sondern auch konsequent vorantreiben. Noch schlechter sieht es jedoch mit dem Thema Diversity im Lager der politischen Parteien aus. Diversity als Ansatz der Parteientwicklung wird hierzulande nur von wenigen Parteigliederungen umgesetzt und eine fundierte Auseinandersetzung mit Diversity Management Konzepten innerhalb der Parteiorganisationen und für die Gewinnung von Mitgliedern findet kaum statt. Dies erstaunt besonders bei jenen Parteien, die aufgrund ihrer Programmatik zu einer eigenen Diversity-Strategie eigentlich verpflichtet wären. Daher ist es spannend zu beobachten, wie die politischen Parteien mit der Vielfalt der Lebensstile und Kulturen in der Gesellschaft und innerhalb der eigenen Organisation im Interesse ihrer Organisationsziele umgehen (werden).

MANAGING DIVERSITY

Auch ein Thema für Parteien? - Von Filiz Polat, Sprecherin für Integrations- und Migrationspolitik der Grünen Fraktion im niedersächsischen Landtag

DIVERSITY MANAGEMENT ALS ANSATZ FÜR DIE PARTEIEN

Der Diversity-Ansatz stellt einen Perspektivwechsel dar, der an den Vorteilen von Vielfalt ansetzt und die unterschiedlichen Kompetenzen der Menschen in die Organisations- und Personalentwicklung einbezieht. Diese Herangehensweise eröffnet neue Perspektiven zum gezielten Umgang mit Heterogenität und Vielfalt: der "neutrale" Blick auf vorhandene Unterschiede innerhalb der eigenen Organisation ermöglicht neue Kommunikationsformen und Handlungsstrategien zu entwickeln und führt zu einer neuen Wertsetzung, die letztlich auch die Parteien-Programmatik zu beeinflussen vermag.

Der demografische Wandel führt zu einer ethnisch, kulturell und religiös und von der Altersstruktur sehr heterogenen Bevölkerung. Doch die Parteien haben bisher diese Entwicklung weitgehend ignoriert. Die Aufstellung von

einzelnen PolitikerInnen mit Migrationshintergrund kann nicht darüber hinwegtäuschen: Parteiarbeit ist immer noch eine weitgehend „migrantenferne“ Veranstaltung. Nur eine geringe Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund hat sich bisher zu einer Mitarbeit in einer Partei entschlossen. Dadurch verlieren die Parteien zunehmend an Repräsentativität und Bindung in der Bevölkerung und somit auch an demokratischer Legitimation.

Nicht nur die Lebenswelt einer großen Bevölkerungsgruppe bleibt außen vor, sondern es gehen auch Innovation, Kreativität und Realitätsbezug den Parteien verloren. Vor diesem Hintergrund ist es eine Frage der Zukunftsfähigkeit von Parteien, ob sie eine eigene Diversity-Strategie entwickeln und somit Bedingungen schaffen, die das Interesse an der Parteiarbeit und politischer Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund vergrößern.

ßern. Bündnis 90/Die Grünen haben damit begonnen und die Dimension der ethnischen Vielfalt in den Mittelpunkt gestellt. Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz wurde dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion mit dem Beschluss "Vielfalt ist Zukunft" der Auftrag erteilt, Diversity nicht nur in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern, sondern auch innerhalb der eigenen Partei zu verankern. Der niedersächsische Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen hat im Jahr 2005 die Initiative "Diversity - Vielfalt nutzen" als Ansatz zur Förderung parteipolitischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gestartet. In diesem Jahr 2010 wird ein Team „Vielfalt“ auf Wunsch Grüne in ihren Orts- und Kreisverbänden besuchen, um gemeinsam Strategien für die jeweilige Situation vor Ort zu entwickeln. Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2011 und auf die Mitgliederwerbung kommt dem Diversity-Prozess eine besondere Bedeutung zu, liegen hier doch spezifische Zugangschancen für bislang ungenutzte Potentiale und insbesondere auch im Hinblick auf die Gewinnung potentieller neuer MandatsträgerInnen auf kommunaler Ebene.

FILIZ POLAT
filiz.polat@
lt.niedersachsen.de



MEHR KULTURELLE VIelfALT IN DER POLITIK!

Bericht von der Frauenversammlung des Regionsverbands am 7. Mai.

Auf unserer Frauenversammlung am 07. Mai 2010 haben wir uns mit der Fragestellung beschäftigt: Wie können wir Frauen mit Migrationshintergrund für aktives politisches Engagement für grüne Politik in der Region Hannover gewinnen? Mit dieser Veranstaltung waren wir Vorreiter bei der Entwicklung einer Diversity-Strategie, wie Filiz Polat sie in ihrem Artikel fordert. Filiz stand uns auch als Ratgeberin in unserer Versammlung sehr hilfreich zur Seite.

Nach ihrem motivierenden Einstiegsreferat haben wir in der kreativen Atmosphäre des World Café viele Ideen auf den Tischdecken unserer Cafétische festgehalten.

Was wollen wir uns nun aber konkret vornehmen? Hierauf haben wir uns gemeinsam verständigt:

- Wir sprechen Migrantinnen persönlich an.
- Wir entwickeln einen Frauenwerbeflyer.
- Wir wünschen uns neue Mitgliedsanträge mit internationalen Bezeichnungen der Grünen Parteien.
- Wir möchten mehrsprachige Artikel in den Grünen Seiten und bauen unsere Pressearbeit in ethnischen Medien, migrantenspezifischen Zeitungen aus.
- Wir wollen Infos über Grüne Politik in Arztpraxen auslegen.
- Wir würden uns über einen

Grünen Adventskalender oder Jahreskalender (dreisprachig) als Give-away freuen.

- Wir sorgen für Grüne Präsenz bei Veranstaltungen wie Tagen der offenen Tür, dt.-türkischem Freundschaftsfest, Stadtteilstesten, Frauenfesten u. a.
- Die nächste Frauenveranstaltung soll geplant werden, hierfür hat sich Maaret Westphely zusammen mit weiteren Frauen bereit erklärt.
- Wir laden zu einem Grünen „Frauenstammtisch“ regelmäßig (ca. alle 3 Monate) und öffentlich ein.
- Wir planen eine Grüne Frauenparty am Jahresende 2010, die von Carolin Jaekel und weiteren

Unterstützerinnen vorbereitet wird.

- Zum Internationalen Frauentag 2011 laden wir zu einem Frauenfrühstück ein.
- business&politics: Wir nehmen Kontakt mit Unternehmerinnen, z. B. BTEU, poln. Unternehmerverband, GründerInnenconsult, auf.
- Wir bieten Stadt(teil)touren unter einem bestimmten Motto an.

Viele von unseren Vorhaben sind bereits in Vorbereitung. Über weitere Unterstützerinnen freuen wir uns aber sehr, damit wir unsere ehrgeizigen Ziele mit dem schwungvollen Start auf unserer Frauenversammlung auch erreichen können.

BRIGITTE DEYDA
deyda@
gruene-hannover.de



Die Zukunft des Stadtbahnverkehrs wird zurzeit heiß diskutiert. Aktuell steht die D-Linie wieder im Fokus. Seit den 60er Jahren war die Führung dieser Strecke in einen Tunnel in der Innenstadt immer wieder verschoben worden. Bei diesem neuen Aufschlag soll eine Lösung gefunden werden. Die technische Entwicklung ermöglicht eine neue Idee: mit Niederflurbahnen die Linie 10 oberirdisch durch die Stadt zu führen ist mittlerweile eine realistische Alternative.

Der Bau eines Tunnels ist für uns untragbar. Der Kostenanteil der Region ist durch Fördergelder vom Bund zwar mit ca. 32 Mio. Euro nur wenig höher als im schlechtesten finanziellen Fall der oberirdischen Lösung mit 30 Mio. Euro. Im besten Fall läge der Regionsanteil nur bei knapp 13 Mio. Euro. Betrachtet man die Gesamtkosten so ist der Tunnel mit ca. 130 Mio. Euro die unwirtschaftlichere Variante gegenüber der oberirdischen Lösung mit 62 Mio. Euro. Das bessere Sicherheitsempfinden an der Oberfläche, die bessere Anbindung mit kürzeren Fußwegen zu S-Bahn und Geschäften der Innenstadt sind Vorteile, die der Tunnel uns nicht bietet.

An der Oberfläche müssen für die vorhandenen Fahrzeuge Hochbahnsteige gebaut werden. Über 60 Stadtbahnhaltestellen verfügen bisher nicht über solche Haltestellen. Frühestens 2040 wäre überhaupt damit zu rechnen, dass alle Bahnsteige fertig sind. Hochbahnsteige sind große Straßenbauwerke, die in vielen eng bebauten Straßen schwer zu realisieren sind. In der Limmerstraße laufen die Anwohner Sturm dagegen.

Diesen Sorgen kann man mit dem Einsatz von Niederflurbahnen begegnen. Deren Haltestellen sind mit 20-25 cm Höhe einem angehobenen Bürgersteig vergleichbar, und daher stadtverträglicher. Der Einstieg ist dann von Haltestelle zur Stadtbahn auf einer Ebene, wie bei den bisher ausgebauten Hochbahnsteigen. Bereits vor Abschluss des Ausbaus können schon leicht mobilitätseingeschränkte, mit Kinderwagen oder Gepäck bepackte Menschen mit nur einer Stufe leichter in die Fahrzeuge gelangen. Durch Fahrzeugrampen wäre eine eingeschränkte Barrierefreiheit sofort gegeben.

DIE STADTBAHN DER ZUKUNFT

D-Linie. Hochbahnsteige, Niederflur - welcher Weg ist der richtige, um den ÖPNV weiter auszubauen?



DIE ALTERNATIVEN FÜR DIE LIMMERSTRASSE IN DER SIMULATION: DIE HALTESTELLE LEINAUSTRASSE MIT HOCHBAHNSTEIG...



...UND MIT NIEDERFLURHALTESTELLE.
FOTO/BEARBEITUNG: BIU/VCD/THOMAS SCHWARTZ

Eine weitere Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des Nahverkehrs könnte der Stadtbahnanschluss der Südstadt sein. Die Anbindung des bevölkerungsstarken Stadtteils mit 8.000 zusätzlich zu erwartenden Fahrgästen ist ein gutes Argument. Das Ergebnis des gesamtwirtschaftlichen Nutzen-Kosten-Verhältnis bestätigt dies. Aber es geht uns um mehr als Wirtschaftlichkeit - für die EinwohnerInnen der Südstadt würde der Ausbau der Stadtbahn vor allem mehr Qualität bedeuten. Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Ausstattung wären deutlich kundenfreundlicher als die jetzige Busverbindung. In der Sallstraße kann man mit Niederflurbahnen auch im engen Straßenraum halten, wenn Seitenbahnsteige

genutzt werden, die als hochgezogene Bürgersteige gestaltet werden.

Die Region Hannover ist zuständig für den öffentlichen Personennahverkehr, und die Entscheidung über die Zukunft der D-Linie. Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen wir trotz der begrenzten Haushaltsmittel, den Nahverkehr weiter ausbauen. Wir als Grüne in der Regionsfraktion kämpfen daher für den Fortschritt in der Stadtbahnentwicklung, und hoffen, dass sich die KritikerInnen öffnen und konstruktiv an der Diskussion beteiligen.

MEIKE SCHÜMER
meike.schuemmer
@web.de



PLATZ DA!

Trendsport in Hannover - selbst bestimmt oder reglementiert? Informations- und Diskussionsveranstaltung der Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Öffentliche Räume werden von Jugendlichen als Treffpunkt und Aufenthaltsort genutzt. Dabei kommen die sportlichen Aktivitäten nicht zu kurz: Skaten auf dem Küchengartenplatz, BMX-Parcours in der Eilenriede, Fußballspiel auf den Grünflächen.

Diese Aneignung von öffentlichem Raum verläuft nicht reibungslos und führt häufig zu Konflikten. Welche Interessen gibt es? Welche tragbaren Lösungen sind möglich?

In der Veranstaltung geht es nicht darum, der einen oder anderen Seite recht zu geben - es geht um den Austausch von Informationen und im besten Sinne um das gegenseitige Verständnis - um sich auf den Weg zu machen hin zu akzeptablen Kompromissen mit dem Ziel einer Stadt mit hoher Lebensqualität für alle.

Mark Bindert, sportpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion in Hannover und **Ingrid Wagemann**, jugendpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion in Hannover laden ein.

Mit dem Publikum diskutieren: **Detlef Rehbock**, Veranstalter soulstyle GmbH, **Stephan Klaus**, Universität Osnabrück, **Gerd Schöler**, Verkehrssicherheitsberater der Polizei Hannover, **Prof. Dr. Hille von Seggern**, Studio Urbane Landschaften, **Karin van Schwartzberg**, Stadt Hannover, Fachbereich Umwelt & Stadtgrün.

Moderation: **Dr. Andreas Schinkel**, Hannoversche Allgemeine Zeitung

Termin: Dienstag, 22. Juni 2010, 18:00 Uhr

Ort: Neues Rathaus Hannover, Mosaiksaal, Trammplatz 2

Mit der Eröffnung der Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse in der Bauverwaltung am 9. Juni ist es an der Zeit für ein bisschen Eigenlob. Denn auf die Frage „Wer hat’s erfunden?“ können wir mit berechtigtem Stolz antworten: Die Grünen! Auf unsere Initiative hin, hatte sich Rot-Grün in den Koalitionsvereinbarungen für die Ratsperiode 2006-2011 geeinigt, in der laufenden Wahlperiode einen Ideenwettbewerb "Hannover City 2020" zur Zukunft der hannoverschen Innenstadt durchzuführen. Unser gemeinsam mit der SPD erstelltes Konzept sah vor, dass der Wettbewerb bis 2010 Vorschläge für Planungen, Projekte und Strategien für die hannoversche Innenstadt hervorbringen sollte, die in dem dann folgenden Jahrzehnt, also bis etwa 2020, realisiert werden können. Zur Vorbereitung des Wettbewerbs und zur Mobilisierung der Stadtöffentlichkeit sollte in den vorangehenden Jahren ein Stadtentwicklungsdialog stattfinden. Unser Ziel war es, eine städtebauliche Bestandsmodernisierung und Aufwertung innerhalb des Cityrings, insbesondere der Cityränder, zu erreichen. Zur Unterstützung der Vorbereitung und zur Begleitung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs konnten wir drei prominente Persönlichkeiten als Moderatoren und spätere Mentoren gewinnen: Prof. Rolf Wernstedt, ehemaliger Landtagspräsident, Dipl. Ing. Jürgen Eppinger, ehemaliger Leiter des Expo-Büros der Stadtverwaltung und Hans Werner Dannowski, ehemaliger Stadtsuperintendent.

Mit großem Engagement durch die drei ehrenamtlichen Men-

HANNOVER CITY 2020 PLUS

Abschluss des Wettbewerbs: Vier Entwürfe für die Zukunft der Innenstadt Hannovers.

toren und die Stadtverwaltung vorbereitet, begann dann im Herbst 2008 ein einmaliger und inzwischen auch bundesweit beachteter Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung mit vier Diskussionsveranstaltungen zur Stadtentwicklung, der 2009 mit drei Innenstadtforen mit den Titeln „Die lebendige Stadt“, „Die schöne Stadt“ und „Die aktive Stadt“ fortgesetzt wurde. Die Teilnahme von jeweils 600 bis 800 interessierte BürgerInnen an den Veranstaltungen im Sprengel Museum, zeigten eindrucksvoll, welches großes Interesse das Projekt Hannover City 2020 gefunden hatte.

In den öffentlichen Innenstadtforen und den begleitenden ExpertInnenrunden wurden vier zentrale Interventionsorte herausgearbeitet: Klagesmarkt, Marstall, Köbelinger Markt/ Neues Rathaus und Leibnizufer. Zu diesen vier innenstädtischen Räumen wurde dann ein international besetzter zweistufiger städtebaulich-landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb durchgeführt. Die von 28 renommierten internationalen Planungsteams von ArchitektInnen, Stadt- und LandschaftsplanerInnen erarbeiteten Gestaltungskonzepte und Ideen für den Gesamttraum der nördlichen, westlichen und südlichen Innenstadt mit den vier

Interventionsräumen wurden im März dieses Jahres im Sprengel Museum der Öffentlichkeit vorgestellt. Erst danach wählte eine Jury 15 Planungsteams für die zweite Phase des Wettbewerbs aus, in der jeweils einer von den vier neu zu gestaltenden Bereichen bearbeitet werden sollte.

Die nun von einer Jury aus insgesamt 15 sehr guten Wettbewerbsbeiträgen ausgewählten vier Siegerentwürfe zeichnen sich alle durch eine hohe Sensibilität gegenüber der gegenwärtigen Stadtstruktur und durch einen umfassenden Ansatz für die Zukunft der Innenstadt aus. In den Entwürfen geht es nicht nur einfach um neue Gebäude, sondern es wird aufgezeigt, wie Teile der Innenstadt zu Gunsten aller Altersgruppen verbessert und die Aufenthaltsqualität sowie die Nutzungsvielfalt erhöht werden kann. Wofür in allen vier Siegerentwürfen vor allem Verkehrs- und Parkplatzflächen zurückgebaut werden. Der Siegerentwurf zur Neugestaltung des Leibnizufers, der erfreulicherweise von einem hannoverschen Büro stammt, kombiniert auf sehr gelungene Weise die Rückgewinnung des Leineufers für die Naherholung, inklusive einer modernen Rekonstruktion der alten Leinefurt, mit einer engen Anbindung von Altstadt und

Calenberger Neustadt. Ebenso überzeugend ist die Idee für eine Bebauung des Marstalls an den Kopfenden mit einem dazwischen liegenden vielfältig bespielbaren Platz. Auch die Mischung aus Wohnungsbau und Gewerbe auf dem Klagesmarkt zusammen mit der baulichen Arrondierung des Platzes an der Christuskirche, dem Rückbau des Kreisels, der Verlängerung der Radwegachse von der Nordstadt bis zum Steintor und dem Vorschlag zur Veränderung der trostlosen Situation zwischen Celler Straße und Cinemaxx besticht. Ebenfalls exzellent ist der Entwurf zur zukünftigen Bebauung am Köbelinger Markt zusammen mit einer besseren Anbindung des Rathauses an die Innenstadt.

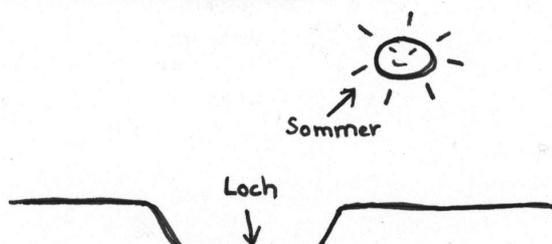
Am Ende des bundesweit größten Städtebau-Wettbewerbs liegen nun hervorragende Zukunftspläne für die Innenstadt vor. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese Pläne auch umzusetzen. Wobei es für uns von zentraler Bedeutung ist, dass dabei die Interessen der verschiedensten NutzerInnen (Einzelhandel, KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen, BewohnerInnen, TouristInnen, Flaneure, Kinder und Jugendliche, soziale Randgruppen) Berücksichtigung finden.

Die Wettbewerbsergebnisse werden vom 9. Juni bis zum 20. August 2010 im 1. OG der Bauverwaltung, Rudolf-Hillebrecht-Platz 1, 30159 Hannover, in der Zeit von Montag bis Freitag von 8:00 bis 18:00 Uhr ausgestellt.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



DAS SOMMERLOCH by Gene



EIN ALLJÄHRLICH WIEDERKEHRENDES PHÄNOMEN
- DAS SOG. SOMMERLOCH



DANN MACHEN AUCH POLITIKER/INNEN
MAL URLAUB.

Auch in diesem Jahr besuchte eine Gruppe von Grünen wieder die Hannover Messe - genauer die Internationale Leitmesse der erneuerbaren und konventionellen Energieerzeugung, Energieversorgung, -übertragung und -verteilung in Halle 13 und 27. Ziel waren diesmal die hannoverschen Firmen TimberTower, Alfasolar, AS Solar und natürlich die Stadtwerke Hannover AG, die als kommunales Energieversorgungsunternehmen bei keinem Messebesuch der Grünen fehlen dürfen.

Bei der Firma TimberTower, deren Stand unser erstes Ziel war, handelt es sich um ein von hannoverimpuls gefördertes hannoversches Start-up Unternehmen, das derzeit im Technologie Centrum Hannover ansässig ist. Die 2008 gegründete Firma will als erstes Unternehmen weltweit Türme für Windkraftanlagen aus Holz errichten. Mit dem Einsatz von Holz aus ökologischer Waldwirtschaft zur Konstruktion von Türmen für Windkraftanlagen sollen so bei einer Turmhöhe von 100 Metern rund 300 Tonnen Stahl und damit zugleich 400 Tonnen CO2 eingespart werden. Außerdem soll ein solcher Holzturm preiswerter, einfacher zu transportieren und mindestens so belastbar und wetterbeständig wie ein Stahlturm sein. Die Firma TimberTower ist für diese innovative Idee, die ohnehin umweltfreundliche Windenergie noch ökologischer zu machen, mit dem Klimaschutzpreis der Region Hannover ausgezeichnet worden. Bleibt nur zu hoffen, dass sich diese Idee auch durchsetzt.

Nach TimberTower haben wir die sich ebenfalls am Gemeinschafts-

HOLZTÜRME UND SOLARZELLEN

Grüne besuchen Hannover Messe 2010



WIR FAHREN ELEKTRISCH, SELBSTVERSTÄNDLICH MIT ÖKOSTROM! MICHAEL DETTE TESTET DEN SITZKOMFORT EINES E-MOBILS.

stand des Landes Niedersachsen präsentierende Firma Alfasolar besucht, die im September 2009 im Gewerbegebiet Hannover-Lahe die erste Solarfabrik in Niedersachsen eröffnet hat. Die 1993 gegründete Firma war zunächst ein reiner Vertrieb für Solarprodukte, bevor 2001 in Schweden eine erste Produktionsstätte für Photovoltaikmodule in Betrieb genommen wurde. Dank der bis zu den Förderkürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung rasant wachsenden Nachfrage nach Solarmodulen entschied sich Alfasolar ein zweites Werk in Hannover zu errichten und so die Mitarbeiterzahl in der Landeshauptstadt auf 80 zu steigern. Bei der Produktion hat sich Alfasolar auf hochwertige Solarmodule spezialisiert, die durch eine pyramidenförmige Glasoberfläche, die sich durch Wind und Regen selbst

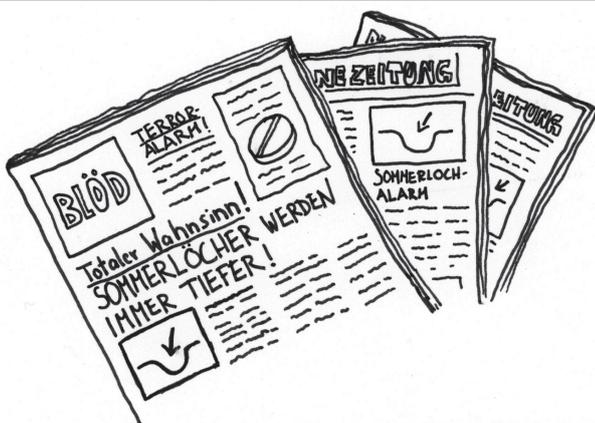
reinigt, bis zu 5 Prozent mehr Energie erzeugen als herkömmliche Solarzellen. Durch den Einsatz von Ökostrom erfolgt die Produktion der Solarzellen darüber hinaus CO2-neutral. Übrigens stammen auch die Solarzellen auf dem Dach des Raschplatzpavillons von Alfasolar.

Im Mittelpunkt unseres anschließenden Besuches auf dem Stand von AS Solar stand vor allem die von der Bundesregierung durchgesetzte Absenkung der Vergütung für Solarstrom zum 1. Juli um 16 Prozent - bei gleichzeitigen Plänen, die Laufzeiten von Atomkraftwerken massiv zu verlängern. Wir waren uns einig, dass die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP damit leichtfertig zukunftsorientierte Arbeitsplätze im Handwerk, beim Handel und in der Industrie in Hannover und bundesweit gefährdet und einsei-

tig die Interessen der Atomlobby und der großen Energieversorger vertritt. Die Firma AS Solar ist ein Fachgroßhandel für Solartechnik, der in den letzten Jahren äußerst erfolgreich war. Erst 2004 gegründet, ist die Firma heute bundes- und europaweit aktiv - mit Tochterfirmen in Spanien, Belgien und Frankreich. Von ihrer Firmenzentrale in Hannover aus vertreibt sie Photovoltaik-, Solarthermie- und Pelletsysteme an das Fachhandwerk und an Installateure. Derzeit wird von AS Solar ein altes Industriegebäude zu einem Plus-Energie-Büro- und Lagergebäude mit einer der größten Photovoltaikanlagen Hannovers umgebaut. Mit ihrer neuen Zentrale für zukünftig 120 MitarbeiterInnen will die Solarfirma demonstrieren, dass 100 Prozent Erneuerbare Energien bereits heute möglich sind.

Zum Abschluss unseres Messebesuchs waren wir auf den Stand der Stadtwerke Hannover eingeladen. Der uns dort erwartende Technikvorstand Harald Noske lud uns zunächst ein, ein auf dem EnergyCity-Stand ausgestellt Elektroauto näher in Augenschein zu nehmen. Danach folgte eine angeregte Diskussion über das unserer Meinung nach zu geringe Engagement der Stadtwerke beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Erweiterung des Fernwärmenetzes. Große Zustimmung unsererseits fand allerdings der Protest der Stadtwerke Hannover zusammen mit 149 anderen Stadtwerken gegen die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



DIE MEDIEN WÄHLEN EIN BELIEBIGES THEMA, DAS WOCHENLANG DURCHGENUELD WIRD.



ABER ZUM GLÜCK IST JA ALLE ZWEI JAHRE EINE EUROPA- ODER WELTMEISTERSCHAFT Ü

Globalisierungsbedingt muss weiter mit einem starken Zuwachs des Güterverkehrs innerhalb Europas gerechnet werden. Für den Seefrachtverkehr in Europa sind die Seehäfen im Norden von entscheidender Bedeutung – darunter vor allem Hamburg, die bremischen Häfen und zukünftig der Jade-Weser-Port Wilhelmshaven. Fast 80 Prozent der Güterzüge aus diesen Häfen fahren Richtung Süden und Südosten über ein Schienennetz, das schon heute an die Kapazitätsgrenze stößt. Damit zusätzliche Güter nicht auf dem LKW landen, liegt es auch in unserer politischen Verantwortung, die Abwicklung der Warenströme möglichst umwelt- und klimaverträglich zu gestalten und auf einen hohen Wertschöpfungsanteil im eigenen Land hinzuwirken.

WAS SIND DIE ANTWORTEN AUF DIE ENGPÄSSE?

Die aktuell im Bau oder in Umsetzungsplanung befindlichen Ausbauprojekte

- ABS Stelle-Lüneburg (3. Gleis),
- ABS Oldenburg-Wilhelmshaven (zweigleisig, elektrifiziert) und
- Ausbau Bremerhaven – Bremerförde – Rotenburg, Ertüchtigung der EVB-Strecke als "Östlicher Bypass Bremen"

können zwar regional überlastete Teilbereiche entschärfen, eine adäquate Antwort auf die Bewältigung des prognostizierten Anstiegs im Güterverkehrsaufkommen sind sie aber nicht, weil die Netzkapazität damit nicht steigt.

UNGENÜGENDER VORSCHLAG VON BUND, LAND UND BAHN

Für den wachsenden Transportbedarf haben Bund, Land und DB AG bisher nur den Neubau der Y-Trasse auf dem Zettel (Personenschnellverkehrsstrecke im Städtedreieck Hamburg/Bremen und Hannover). Diese Variante stellt sich besonders für unsere Region schwierig dar, da sie den Knoten Hannover völlig überfordert. Hunderte zusätzlicher Güterzüge würden vorrangig in den Nachtstunden über Hannovers Hauptbahnhof geleitet werden. Störungen des Personenverkehrs wären die Regel.

Auch finanziell dürfte ein neues Großprojekt der DB wie die Y-Trasse auf lange Sicht nicht zu be-

SCHIENENVERKEHR AUSBAUEN!

Perspektiven für einen effizienten und verträglichen Hafenhinterlandverkehr. Von Enno Hagenah, verkehrspolitischer Sprecher der niedersächsischen Landtagsfraktion.



EIN AUSBAU DES SCHIENENNETZES IST NOTWENDIG, DAMIT DIE GÜTER NICHT AUF DEM LKW LANDEN. FOTO: CC BY-NC ROLAND PESCHETZ

wältigen sein. Im bisherigen alten Ansatz ohne erweiterter Nutzung im Mischverkehr (Strecken mit Personen- und Güterverkehr) und ohne Baukostensteigerung seit 1992 wird die Umsetzung auf 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Experten gehen von bis zu 5 Milliarden Euro Y-Baukosten aus, wenn auch die nötigen Anschlussbauwerke u.a. zur Auflösung der Knotenproblematik in Hamburg und Hannover realisiert würden. Das Y brächte nur +200 Gütertrassen nicht vor 2020, wahrscheinlich später.

DIE GRÜNEN VORSCHLÄGE:

Weil sich Landesregierung und DB der dringend nötigen Entwicklung von Alternativen zum Y verweigern, hat die grüne Fraktion im Landtag selbst Lösungsvorschläge zum Schienengüterverkehr erarbeitet. Wir fordern eine Weiterentwicklung im Bestand durch die Erweiterung vorhandener und die Reaktivierung stillgelegter Strecken.

I.) Innerhalb von fünf Jahren könnte der Ausbau von drei Maßnahmen aus dem Bun-

desverkehrswegeplan (BVWP) aus dem vordringlichen Bedarf realisiert werden. Der durchgehende Ausbau der Amerika-Linie (Landwedel-Stendal) lässt es zu, sowohl Hamburger als auch Bremerhavener (u. Wilhelmshavener) Verkehre in Richtung Osten/Südosten über diese Strecken abzufahren. In entsprechendem Maße setzt z.B. der Bremerhaven-Verkehr Trassenkapazitäten im Abschnitt Verden – Wunstorf – Seelze sowie im Knoten Hannover frei, die für die Bypass-Nutzung Maschen – Rotenburg – Verden – Seelze für Hamburger Verkehre nutzbar wären.

- ABS Rotenburg-Verden (zweites Gleis, elektrifiziert, mit - zusätzlich zu den bisherigen Ansätzen im BVWP - Anschlusskurven in Rotenburg [Verbindung des EVB-Netzes mit der DB-Strecke Rotenburg – Verden] bzw. im Bereich Holtum/Walle an die "Amerika-Linie" in Richtung Stendal, + 200 Trassen, 275 Millionen Euro, benötigter Bahnkörper zu großen Teilen vorhanden)
- Langwedel-Uelzen, (Wieder-

aufbau des 2. Gleises, Elektrifizierung, +110 Trassen, 400 Mio. Euro)

- Uelzen-Stendal, (Komplettierung des VDE-Projektes Nr. 3, d.h. zweigleisiger elektrifizierter Ausbauzustand auf vorhandenem Bahnkörper, bereits heute weitgehend planfestgestellt, zusätzlich östliche Einfädelung der Strecke aus Richtung Stendal in Uelzen, + 250 Trassen, 225 Millionen Euro).

Das bringt bereits +200 Gütertrassen für 900 Mio. Euro BVWP-Preise (aktuell ca. 1,5 bis 2 Mrd. Euro) mit einem fortlaufenden Kapazitätswachstum über nur fünf Jahren Bauzeit auf vorhandenem Bahndamm.

II.) Innerhalb von sieben bis neun Jahren umsetzbar wäre als ergänzender Baustein die Fortführung des dreigleisigen Ausbaus von Stelle nach Lüneburg bis Uelzen. Dieser Ausbau würde die im Bau befindliche Dreigleisigkeit Lüneburg – Stelle bis zur Ableitung auf die "Amerika-Linie" nach Süden bzw. Südosten konsequent fortführen. Vorteilhaft ist hierbei, dass im Allgemeinen in den Bahnhöfen durch aufgelassene Gütergleise das benötigte Areal bereits vorhanden ist. Mit dem vorgeschlagenen Ausbau würde auch dieser Streckenabschnitt in allen bewohnten Lagen einen echten Lärmschutz erhalten.

Damit wird zugleich eine Brücke zu dem von der DB AG in ihrem Wachstumsprogramm geplanten Ausbaumaßnahmen Reichenbach – Hof – Regensburg (Elektrifizierung) sowie Knappenrode – Horka (Grenzübergang Polen) (Elektrifizierung und zweigleisiger Ausbau) geschlagen. Außerdem kann erst auf diese Weise auch für den ICE der Dreigleisabschnitt Stelle – Lüneburg seinen Nutzen voll entfalten.

Der Ausbau bringt +90 Gütertrassen für 350 Millionen Euro BVWP-Preise (aktuell 500 bis 700 Millionen Euro) mit fortlaufendem Kapazitätswachstum über fünf Jahre Bauzeit, Baubeginn wäre schon in vier Jahren möglich.

Die ausführliche Broschüre zum Thema kann unter www.enno-hagenah.de unter der Rubrik Verkehr/Häfen und Hafenhinterlandanbindung heruntergeladen werden.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de



In den letzten Jahren sind wir in die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren geraten, und ob die Krise wirklich schon vorbei ist, wird wohl erst die Zukunft zeigen. Die Folgen davon sind, dass Staaten sich massiv verschuldet haben, Steuereinnahmen weggebrochen sind und man sich die Frage stellen muss, wie sich unser Gemeinwesen weiterhin finanzieren soll.

Und ausgerechnet in solchen Zeiten, in denen Solidarität gefordert wäre, erleben wir das Gegenteil: Wenn Politiker wie Westerwelle die totale Ellbogengesellschaft ausrufen, wird er in den Medien lediglich für seine geradezu irrwitzigen Vergleiche mit der „spätromischen Dekadenz“ kritisiert. Aber das grundsätzliche Thema, dass sich „Arbeit wieder lohnen müsse“ speziell für die Gruppe von Menschen, die sich selbst als „Leistungsträger“ bezeichnet – das wird schon viel seltener kritisiert. (Wobei anzumerken wäre, dass niemand von „LeistungsträgerINNEN“ spricht...)

Ist in solchen Zeiten eine vernünftige Sozialpolitik überhaupt noch möglich, speziell im kommunalen Bereich, wo die Finanzlage besonders kritisch ist? Wenn Städte wie

SOZIALPOLITIK IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Christopher Bodirsky, sozialpolitischer Sprecher der Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover über Perspektiven auf kommunaler Ebene.

im Ruhrgebiet Schwimmbäder schließen, Theater zusperrten und Überlegungen anstellen, den öffentlichen Nahverkehr extrem auszudünnen?

Die finanzielle Situation in Hannover ist zum Glück noch nicht so schlimm wie in vielen anderen Kommunen. Und wir haben gerade in diesen Zeiten ein Zeichen für Solidarität gesetzt: Den Hannover-Aktiv-Pass.

Katrin Studier, die ehemalige sozialpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion hat die Idee, die in einer kleinen Arbeitsgruppe entwickelt wurde, tatkräftig umgesetzt. Im September 2009 startete das Projekt, für das Hannover inzwischen unter Fachleuten bundesweite Beachtung findet.

Die Idee ist einfach: Familien, die auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen sind, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung benötigen und Asylbewerber erhalten den Hannover-Aktiv-Pass. Mit diesem Pass erhalten sie die Möglichkeit der Teilhabe, indem sie vielfältige Ermäßigungen bei Schwimmbädern, Museen, Theatern und Kindertheatern, städtischen und freien Bildungsträgern, Kultureinrichtungen, und Sportvereinen erhalten. Die Ermäßigungen werden durch die Stadt finanziert. Dafür wurden im Haushalt – gegen erbitterten Widerstand der CDU und FDP – ein Betrag von 400.000 Euro eingesetzt.

Inzwischen wurde von der Verwaltung der erste Zwischenbericht vorgestellt. Er dokumentiert: Der Hannover-Aktiv-Pass ist ein voller Erfolg!

Bereits die bürokratische Abwicklung ist vom Service-Gedanken geprägt: Die Berechtigten müssen keinen Antrag stellen, sie erhalten den Pass automatisch zugeschickt. Dadurch war sicher gestellt, dass alle Berechtigten nicht nur darüber informiert waren, sondern auch den Pass sofort nutzen können – und das Verfahren ist dazu auch kostengünstig.

Und die Zahlen für 2009 sprechen für sich: Fast 2.400 Besuche in den Schwimmbädern, 1.300 Besuche von Theatern, 2.000 Besuche von Bildungsträgern und Kultureinrichtungen und 400 unterstützte Sportvereinsbeiträge in den ersten vier Monaten übertreffen alle Erwartungen.

Interessant ist auch, dass sich alleine 100 Kinder neu bei Sportvereinen angemeldet haben. Die Zahlen für das 1. Quartal 2010 lassen hier sogar eine erhebliche Steigerung erwarten. Die Verwaltung berichtet von vielen Anrufen von Bürgerinnen und Bürgern,

die sich außerordentlich lobend über diese Maßnahme äußern – eine ungewohnte Erfahrung, ist die Verwaltung doch eher sich beklagende Anrufe gewöhnt!

Auf diese Weise hat Hannover ein klares Zeichen für Solidarität gesetzt und bewiesen, dass eine Stadt-Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten solidarisch handeln kann.

Wie kann es weiter gehen? Für mich hat der Hannover-Aktiv-Pass schon immer zwei Seiten gehabt: Erstens, die Möglichkeit der Teilhabe zu eröffnen, indem die Stadt für diesen Personenkreis den Zugang zu sportlichen und kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Und zweitens Menschen, die helfen wollen und z.B. Dienstleistungen anbieten die Möglichkeit zu geben, einfach und unbürokratisch direkt helfen zu können.

Den zweiten Punkt gilt es nun weiter zu entwickeln. Solidarität ist etwas was gerade im direkten Kontakt von Mensch zu Mensch seine Kraft entfalten kann. Natürlich ist es hilfreich, zum Beispiel über Spenden Hilfsbereitschaft zu ermöglichen. Aber wenn es darum geht, wieder ein Gefühl der direkten Solidarität zu entwickeln, ein Miteinander, ein einstehen für den anderen gerade in schwierigen Zeiten, dann kommt der direkten Hilfe eine große Bedeutung zu.

Bisher war das nicht so einfach, denn wie will ich als Anbieter einer Dienstleistung feststellen, ob jemand wirklich bedürftig ist oder nicht? Genau hier kann der Hannover-Aktiv-Pass helfen. Damit kann einfach und unbürokratisch diese Frage beantwortet werden. Die Idee ist, dass Anbieter, die hier eine Ermäßigung einräumen wollen, dies über ein klar erkennbares Logo kenntlich machen können, und auf die Liste kommen, die unter www.hannover.de abgerufen werden kann.

Hannover kann auf diese Weise nicht nur praktisch demonstrieren, dass Solidarität auch in schwierigen Zeiten machbar ist, sondern auch, dass es einen gelebten Gegenentwurf zum „Modell Westerwelle“ gibt!

EIN HEISSER SOMMER!

Grüne Jugend und Grüner Stadtverband beteiligten sich an der Bildungsdemo am 9. Juni.



Mit einem bunten Protestwagen reichten sich Grüne Jugend und Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit vielen SchülerInnen und StudentInnen in die Bildungsdemo am 9. Juni in Hannover ein. "Das wird ein heißer Sommer! Wir werden so lange auf die Straße gehen und immer lauter werden, bis die schwarz-gelbe Landesregierung endlich das Bildungssystem reformiert," klang es durch die Lautsprecher unseres Wagens. Zwischen den fröhlichen Protestsongs drangen unsere Forderungen nach Abschaffung der Studiengebühren, Demokratisierung des Bildungssystems und kostenloser Bildung für alle unmissverständlich durch die Straßen.

CHRISTOPHER BODIRSKY

info@christopher-bodirsky.de





AUS DEM BUNDESTAG

SCHWARZ-GELBE GEISTEFAHRT

Wieder waren es turbulente Wochen im Bundestag. Im Mai ging es vor allem um die Rettungspakete. Nachdem Merkel und Westerwelle zuvor alles daran gesetzt hatten, die Entscheidung über ein Hilfspaket für Griechenland zu verschleppen, überschlugen sich schließlich die Ereignisse. Nach sorgfältiger Abwägung hat die Mehrheit unserer Bundestagsfraktion der Griechenland-Hilfe zugestimmt; ich auch. Beim Euro-Paket haben wir Grünen uns enthalten.

Auch beim Thema Atom geht die schwarz-gelbe Geisterfahrt weiter. Mit aller Macht soll Gorleben weiter zum Atomklo ausgebaut werden. Und: Minister Röttgen will die Laufzeiten der Atomreaktoren verlängern; dabei plant man - rechtswidrig - den Bundesrat auszuschalten. Uns ist es im März gelungen, einen Gorleben-Untersuchungsausschuss durchzusetzen, der mittlerweile das Ausmaß der Täuschung und Vertuschung aufklärt. Aber keine Frage: Als gebürtige Wendländerin setze ich beim Thema Atom nicht allein auf die Parlamente - letztlich wird die Atomfrage auf der Straße entschieden!

Die Jobcenterreform ist im Moment noch nicht in trockenen Tüchern. Wir Grünen haben für die derzeit geplante Grundgesetzänderung, die die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen in den Jobcentern sichert, gestritten. Ein weiteres grünes Ziel, Wahlfreiheit für die Kommunen zwischen Jobcenter und Option zu schaffen, wird nicht umgesetzt. Das ist der Politik der SPD geschuldet, die nach wie vor, offensichtlich auch in Hannover, auf Zentralismus setzt. Die geplante 110er-Grenze bei den Optionskommunen halte ich für falsch, genauso wie das geforderte kommunale Zweidrittel-Quorum. Beides beschränkt die kommunale Entscheidungsfreiheit. Trotz der grundsätzlichen Einigung sorgt die FDP aber immer wieder für Ärger: Sie blockiert die Entfristung von 3.200 Vermittlerstellen in den Jobcentern.

Nachdem Horst Köhler das Amt als Bundespräsident hin-

geschmissen hat, wird die Bundesversammlung Ende des Monats vermutlich - als Ergebnis der Hinterzimmer-Kungelei von Merkel und Westerwelle - Christian Wulff zum neuen Staatsoberhaupt wählen. Union und FDP wollen so ihr angeschlagenes Regierungsbündnis stabilisieren. Das Bundespräsidentenamt gehört aber nicht den Regierungsfractionen. Ich finde sowohl die Art und Weise des Rücktritts von Köhler als auch die selbstherrliche schwarz-gelbe Kandidaten-Nominierung demokratiegefährdend. Mit einem solchen Amt müsste eine Persönlichkeit betraut werden, die für alle BürgerInnen im Land da ist und mit der es eine weitgehende gesellschaftliche Verständigung geben kann. Der von Grünen und SPD vorgestellte Kandidat Joachim Gauck ist ein Mann der Integration und wäre ein würdiges Staatsoberhaupt für Deutschland.

Der ehemalige Nachwuchsstar der niedersächsischen FDP, Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, hat ein weiteres Regierungsprojekt vergeißt. Sein erster Anlauf für das Modell der Kopfpauschale zur Reform der Gesundheitsfinanzierung traf nicht einmal bei seinen eigenen KabinettskollegInnen auf Zustimmung.

Zum Schluss: Wulff, von der Leyen, Rösler - das schwarz-gelbe Niedersachsen macht sich in Berlin breit. Leider nicht zum Vorteil für das Land. Gut, dass es auch noch den Niedersachsen Trittin gibt, der mit unserer fitten grünen Landesgruppe dagegen hält. Denkt man noch an die Niedersächsinnen Käßmann und Lena, dann war in der letzten Zeit ziemlich oft „Tag der Niedersachsen“. Schade nur, dass die Schlagzeilen nicht immer so erfreulich waren wie der Applaus für die hannoversche IGS-Schülerin, die so frech und frei war, vor laufender Kamera zu sagen, dass Angela Merkel nicht zu ihren Vorbildern gehört. Wirklich, das kann ich gut verstehen.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de
Tel.: 030 227-74527



SOMMERLOCH? VON WEGEN!

Neue Veranstaltungsreihe des Grünen Regionsverbands lädt zu besonderen Orten in der Region Hannover ein

In der Region Hannover finden sich viele Orte, die es Wert sind, sie näher kennen zu lernen. Mit der neuen Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" möchte der Grüne Regionsverband Interesse für diese Orte wecken und interessierten Mitgliedern einen Einblick ermöglichen.

Wir erkunden die Natur oder wir werfen mit fachkundiger Führung einen Blick hinter die Kulissen, wir erweitern unser Wissen und ermöglichen Auseinandersetzungen mit Themen Grüner Politik mit neuem Blickwinkel oder wir verbringen angenehme Stunden in einer interessanten Umgebung - und alles in der Region Hannover.

Interessierte sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

DIE TERMINE IM EINZELNEN:

Do. 17. Juni, 16 Uhr, Hannover: Besuch bei Enno Hagenah in der Landtagsfraktion.

Fr. 18. Juni, 17 Uhr, Linden-Nord: Radtour Rund um den Bentherr Berg.

Fr. 18. Juni, 17 Uhr, Hainholz: Naturbad Hainholz - Wie funktioniert ein Naturbad?

Sa. 19. Juni, 10 Uhr, Neuwarmbüchen: Bioland-Gärtnerei Rotherfeld von Frederic Pein und Anette Ohm.

Sa. 3. Juli, 10.30 Uhr, Barsinghausen: Deisterwanderung mit dem

Vorsitzenden des Grünen OV Barsinghausen, Andreas Hartig.

Fr. 9. Juli, 17 Uhr, Linden: Rundgang durch das historische Linden.

Mi. 21. Juli, 16 Uhr, Hannover: Das Krankenhaus der Zukunft - Baustelle Siloah-Oststadt-Heidehaus.

Sa. 24. Juli, Barsinghausen: Bergwerkseinfahrt in den alten Stollen.

Sa. 7. August, 17.30 Uhr, Badenstedt: Tamilisch-Hinduistischer Tempel.

So. 8. August, 11.30 Uhr, Sehnde & Lehrte: Fahrradtour durch Sehnde und Lehrte.

Mi. 11. August, 19 Uhr, Ricklingen: Grüne Mahlzeit, zu Gast im „Paradies“ mit Brigitte Pothmer, MdB.

Sa. 21. August, 10 Uhr, Ronnenberg: Das Kirchkötnerhaus von Hans-Jürgen Pein.

16.-22. August: Sommertour von Sven-Christian Kindler, MdB.

Der überwiegende Teil der Veranstaltungen ist kostenlos. Genaue Informationen zu Treffpunkten und Anmeldung gibt es unter www.gruene-hannover.de.

Die Reihe wird fortgesetzt. Ideen und Anregungen für weitere Besuche nimmt die Geschäftsstelle des Regionsverbands gerne entgegen.

POLITISCHE BILDUNGSREISE NACH BERLIN

Liebe politisch Interessierte,

vom 27.-29. September findet unsere nächste Berlin-Fahrt statt, zu der ich Euch gerne einlade. Es erwartet Euch ein umfangreiches politisches Programm und sämtliche Kosten für die Fahrt, Unterkunft sowie für die Verpflegung werden übernommen. Interesse an einem der wenigen Restplätze? Dann meldet Euch jetzt an, bei meiner Mitarbeiterin Carolin Jaekel. Mail: sven-christian.kindler@wk.bundestag.de, Tel.: 0511/70036844.

Viele Grüße, Euer Sven

STREITKULTUR STATT LEITKULTUR

Die Laatzener Debatte um Moscheebau und Milli Görüs

Anfang Juni wurde die erste islamische Begegnungsstätte in Laatzten feierlich eröffnet. Vertreter der Stadt und auch der Grünen waren anwesend. Alles harmonisch? Mitnichten. Denn der Verein, der die Begegnungsstätte mit Gebetsraum in Grasdorf betreibt, heißt Milli Görüs! Dieser wird vom Verfassungsschutz als islamistisch eingestuft und wurde erst kürzlich von der Islamkonferenz ausgeschlossen.

Nachdem im letzten Jahr bekannt wurde, dass Milli Görüs in Laatzten eine Moschee bzw. Begegnungsstätte bauen will, schlugen die Wellen der Empörung hoch. Der Laatzener CDU-Vorsitzende verkündete: „Wir wollen in Laatzten keine Extremisten haben!“ Nun wurde über das Baurecht und das Recht auf freie Religionsausübung diskutiert. Der Bürgermeister befüwortete den Antrag. Nachbarn beklagten später, die Stadt habe sie nicht informiert.

Wir als Laatzener Grüne fragten uns: Welchen Standpunkt nehmen wir ein? Wie verhalten wir uns? Bis heute konnten wir uns nicht auf eine gemeinsame Position einigen, stimmten aber mehrheitlich darin überein, dass wir dieses wichtige Thema nicht der CDU mit ihren populistischen Parolen überlassen dürfen. Unser Vorgehen: Erst informieren, dann intern diskutieren, dann nach außen kommunizieren! Wir luden die grüne Landtagsabgeordnete Filiz Polat zu uns ein und planten eine Veranstaltung zum Thema „Muslime in Laatzten“. Diese fand im Februar statt. Die CDU hat zwei Abende mit einem Verfassungsschützer organisiert. Dabei wurden generelle Vorurteile gegenüber Muslimen geäußert, aber es kamen auch Unkenntnis und Informationsbedarf über Milli Görüs zum Ausdruck. Einer der Besucher unseres Diskussionsabends, an dem auch Mitglieder von Milli Görüs aus Laatzten teilnahmen, betonte: „Die Muslime sind bereits da – und eine Moschee wird kommen. Es geht jetzt um einen Kampf um die

Köpfe.“ Dies gilt vor allem für die jüngere und hier aufgewachsene Generation der Muslime, die ein Teil dieser Gesellschaft ist, sich aber nur teilweise als solcher begreift.

Das Problem an der Laatzener Debatte ist, dass einige Moscheebau und Muslimen generell skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, während andere betonen, dies gelte nur für Milli Görüs. Innerhalb der Grünen ist die Frage nicht nur, wie heterogen sich die Mitgliedschaft von Milli Görüs zusammensetzt, wie stark die Strömung der Reformen ist und wie konkret die Laatzener Mitglieder einzuschätzen sind. Einig sind wir uns ja darin, dass das Grundgesetz gleichermaßen für alle gelten müsse – und dass wir uns für mehr Integration und gegen das, was häufig als „Parallelgesellschaften“ bezeichnet wird, einsetzen müssen. Die Frage ist nur, ob dies eher durch einen „kritischen Dialog“ mit den Vertretern von Milli Görüs oder eine klare Distanzierung von dem Verein erreicht bzw. erleichtert werden kann. Bedenken und Fragen der nichtmuslimischen Nachbarn müssen ernst genommen werden, ohne jedoch unbegründete Ängste zu schüren. Gibt es Parallelgesellschaften vor allem „in den Köpfen derer, die Angst davor haben“? „Ein Moscheeprojekt ist ein idealer Anlass, die religiöse Dimension der Einwanderung und andere Anliegen der Muslime zu thematisieren.“ Es ist bereits absehbar, dass der Begegnungsstätte in Laatzten bald eine größere Moschee folgen wird. Uns als Laatzener Grünen bleibt dieses Thema also erhalten. Einen kritischen Dialog kann man auch jederzeit abbrechen. Aber ohne Begegnung und Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen wird es kein echtes Miteinander der Menschen im Alltag geben.

ANDREAS QUASTEN

andreas.quasten@gmx.de



AUS DEM LANDTAG

WULFFS FLUCHT AUS DER VERANTWORTUNG

Das für Niedersachsen alles dominierende Thema – neben dem erfreulichen Popularitätszuwachs der Landeshauptstadt Hannover durch den grandiosen Erfolg von Lena – ist ohne Zweifel die Nominierung des Ministerpräsidenten Wulff für das Amt des Bundespräsidenten. Vollkommen offen ist allerdings nach wie vor die Frage, was Herr Wulff eigentlich für dieses höchste Amt des Landes so besonders qualifiziert? Die Probleme in der Atompolitik, in der Bildung und im Sozialbereich türmen sich in Niedersachsen unter seiner „Regentschaft“ zu einem wachsenden Problemberg. Das lässt nicht erwarten, dass er als Bundespräsident einen Beitrag leisten könnte, um nun von dort aus die großen Herausforderungen der Klima-, Finanz- und Haushaltskrise zu bewältigen. Die Entscheidung hat wohl doch nur parteiinternen Hintergrund und muss angesichts der vielen Probleme hier eher wie eine Flucht aus der bisherigen Verantwortung erscheinen. – Ein deutliches Zeichen, dass die Zeichen auf Regierungswechsel stehen zur kommenden Landtagswahl 2012/13.

POLITISCH PROVOKANTE DIÄTENERHÖHUNG

Im Windschatten dieser turbulenten Diskussionen hat eine ganz große Koalition im Landtag aus CDU, SPD und FDP mal eben einen Diäten-Doppelbeschluss gefasst. Zusammen genommen sind das über 7 % mehr Einkommen ab Januar 2011 für alle Parlamentarier, während die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen drastischen Stellenabbau und neue Einsparrekorde für Niedersachsen bringen dürften. Die grüne Fraktion hat das abgelehnt, weil der Zuschlag laut Votum der Diätenkommission zwar nach diversen Nullrunden angemessen sein mag, aber gerade jetzt zynisch und politisch provokant gegenüber den vielen Verlierern der bevorstehenden Sparhaushalte ist. Die grüne

Fraktion ist überein gekommen den Erhöhungsbetrag in den Fraktionsfond „Grüne Hilfe“ zu spenden, um so das nicht gewollte zusätzliche Geld, das ab nächsten Monat allen qua Funktion zugehen wird, einem sozialen oder ökologisch engagiertem Zweck zuzuführen.

NICHTS IST ALTERNATIVLOS

Dies ist natürlich auch eine Reaktion auf die soziale Schieflage der Sparpakete von Schwarz/Gelb im Bund. Wir befürchten auf der, wegen der Karriereplanung des Ministerpräsidenten, verschobenen Haushaltsklausur der Landesregierung Anfang August etliche niedersächsische Nachahmungsideen. Egal ob der Ministerpräsident dann noch Wulff oder bereits McAllister heißen wird, eine knallharte Sparpolitik mit dem Rasenmäher zu Lasten der Kommunen und der Beschäftigten steht Niedersachsen bevor. Die grüne Fraktion hat deshalb eigene, natürlich erheblich verträglichere Sparvorschläge erarbeitet, um deutlich zu machen, dass mit einem Mix aus gezieltem aber moderatem Aufgabenabbau und mehr Effizienz sowie Kürzungen in ökologisch schädlichen Bereichen wie Straßenneubau und Einnahmesteigerungen durch Aufschläge auf Förderabgaben für Rohstoffe etc. bei uns und Subventionsabbau auf Bundesebene die unstrittigen Sparziele auch sozial- und umweltverträglich zu erreichen sind. Es ist dabei mit dem grünen Konzept sogar noch möglich die dringend notwendigen zusätzlichen Mittel für besseren Unterricht in Schulen und Universitäten bereitzustellen und gleichzeitig auf Studien- und Kitagebühren zu verzichten. – Mit diesem umgekehrten Verfahren der Haushaltsvorlage als Opposition, noch vor der Landesregierung, wollen wir das Parlament stärker an der Diskussion der Sparakzente und –alternativen beteiligen. Wir wollen deutlich machen, dass es sehr wohl Alternativen zu den zumeist unsozialen und unökologischen Sparkonzepten von schwarz-gelb gibt. Nichts ist „Alternativlos“, man muss es nur wollen.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



DIE KRISE BEWÄLTIGEN

Am 28. Mai lud die grüne Regionsfraktion gemeinsam mit SPD-Fraktion und DGB zu einer Fachtagung „Die Krise bewältigen – die Zukunft gestalten. Wie geht es weiter in der Region Hannover?“ ein. Vor fast 120 Teilnehmenden leitete Prof. Dr. Rudolf Hickel mit einem lebendigen Parforce-Ritt durch die Ursachen und Hintergründe der Banken- und Wirtschaftskrise die Veranstaltung ein. In drei Foren wurden Auswirkungen und Handlungsansätze erörtert. Ulrich Mädge, Präsident des Niedersächsischen Städtetages und OB von Lüneburg stellte sachkundig die Finanzkrise der Städte und Gemeinden dar. In diesem Zusammenhang verdeutlichte Mädge, das der Bund und die Länder die Kommunen seit Jahren als Sparschweine für die übergeordneten Haushalte missbrauchen.

Dieser Missbrauch zusammen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise führt die kommunalen Haushalte bis hin zur Handlungsunfähigkeit. Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen BT-Fraktion diskutierte mit den Gewerkschaftern Ulrich Bick und Reinhard Schwitzer die Notwendigkeiten für eine verstärkte Qualifizierung, besonders begleitend zu Kurzarbeit. Dr. Arno Brandt, Abteilungsleiter für Regionalwirtschaft bei der Nord LB, bemängelte Defizite bei der regionalen Wirtschaftsförderung, die vom hannoverimpuls-Geschäftsführer Ralf Meyer leidenschaftlich bestritten wurden. Auf dem abschließenden Podium freute sich Hannovers Wirtschaftsdezernent Hans Mönninghoff über die gelungene Kooperation der drei Veranstalterinnen.

DITTERKE

Trotz intensiver Gespräche mit CDU und FDP ist es nicht gelungen, zu einer fraktionsübergreifenden Haltung zur Finanzierung der Altlast ‚Alte Badeanstalt‘ in Gehrden-Ditterke zu kommen. Die Landesregierung weigert sich trotz zunächst anders lautender Signale, einen Zuschuss zu der im Herbst beginnenden Sanierung zu zahlen. Während die rot-grüne Gruppe der klammen

Kommune gemäß der Regeln des Niedersächsischen Abfallgesetzes mit 800.000 Euro aus den Abfallgebühren unter die Arme greifen will, fordert die CDU eine Mitfinanzierung aus dem allgemeinen Haushalt der Region, der für 2010 ein Defizit von 170 Millionen Euro aufweist. Auch ein Kompromissvorschlag der FDP stieß bei der CDU auf Ablehnung. Dabei hätte der Kompromiss dem CDU-Bürgermeister Gehrden sogar 400.000 Euro Zuschlag beschert und die Gelder hälftig aus Abfallgebühren und Steuernmitteln erbracht.

BIELFELDER KLIMABONUS

Die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II durch die Jobcenter steht unter energetischen Aspekten oft in der Kritik. In der Regel werden höhere Kaltmieten für energetisch sanierte Wohnungen als unangemessen gewertet. In Bielefeld hat die Stadt gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft eine intelligente Lösung gefunden, um dieses Dilemma aufzulösen – den Klimabonus. Grund genug, dass Brigitte und Doris am 14. Juni zu einem Gespräch nach Bielefeld fuhren, um mit VertreterInnen der Stadtverwaltung und der Wohnungswirtschaft nach Umsetzungsmöglichkeiten für die Region Hannover zu suchen. Als Basis für eine Umsetzung dient dabei der Mietspiegel, den die Regionsverwaltung derzeit ausarbeitet.

Der Bielefelder Klimabonus funktioniert so: Für Wohnungen mit einem geringen Energieverbrauch gibt es einen Klimabonus. Unterschreitet der Energieverbrauch einer Wohnung einen gewissen Schwellenwert, darf die Miete um einen bestimmten Betrag höher sein, um von den zuständigen Stellen als angemessen anerkannt zu werden. Mit dieser Idee im Gepäck führen sie wieder nach Hannover – jetzt heißt es in der Region die Akteure zu überzeugen.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
 Tel.: 0511 616 22 084

MICHÈLE KAHL STELLT SICH VOR

Neue Referentin der grünen Regionsfraktion



Liebe Freundinnen und Freunde, seit März arbeite ich als Referentin in der Geschäftsstelle der Regionsfraktion. Ich bin für euch Ansprechpartnerin für die Themen Umwelt, Klimaschutz und Naherholung, Verkehr, Abfall und Gleichstellung.

In den ersten Wochen habe ich mich in Vieles eingearbeitet; von A wie Asbest bis Z wie Zuwachs an Fahrgästen. Das Themenspektrum ist riesig und die Vielzahl an Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, sind die Herausforderungen im Alltag, die mir besonders Spaß machen.

Ich fühle mich in unserer Geschäftsstelle schon richtig heimisch. Mit den netten KollegInnen und Abgeordneten kämpfen wir für grüne Politik in der Region. Vom Schreibtisch im Regionshaus arbeite ich vernetzt mit Menschen vor Ort aus Vorständen und Fraktionen und in stetem Kontakt mit den MitarbeiterInnen im Grünen Zentrum (Senior-Blumenberg-Gang), in Landtag und weiteren Grünen und grünnahen Initiativen.

Projekte und Fragen, die ich beruflich begleite sind zum Beispiel, wie wir den Klimaschutz in der Region umsetzen können, ob Straßenbahnen in Hannover künftig auch im Niederflersystem fahren, wie die Abfallbehandlung fair und ökologisch stattfinden kann und wie Gender Mainstreaming

in der Regionsverwaltung vorangetrieben werden kann.

Berufsbegleitend strebe ich an, mein Bachelor-Studium in diesem Jahr abzuschließen. Viele Fachkenntnisse und Kontakte in die Praxis habe ich dort gesammelt. Die Architektur schult konstruktiv-logisches Denken, kreative Prozesse und fordert Organisationstalent. Ein Studiengang der vorbereitet auf mehr als nur den Entwurf von Häusern. Es liegt mir am Herzen aus grünen Ideen zusammen mit Fachkräften Konzepte zu entwickeln, und durch politische Arbeit Realität werden zu lassen.

Neben der Arbeit in der Region bin ich auch privat politisch aktiv. Seit 2003 bin ich im Lehrter Ortsverband und als Mitglied im Stadtrat gestalte ich direkt meine direkte Umwelt. Unter anderem entschieden wir uns für eine Mensa im Passivhaus-Standard und kümmern uns um die jährliche Theatersaison. Seit 6 Jahren engagiere ich mich auch in der Grünen Jugend, sowohl in der Ortsgruppe als auch auf Landesebene, aktuell als Redakteurin des IGEL, der Mitgliedszeitschrift der Grünen Jugend Niedersachsen.

Wenn mir neben Arbeit, Studium und Ehrenamt noch Zeit bleibt fahre ich gern nach Berlin, reise durch die Welt, gehe ins Theater, lese Klassiker und höre gern Musik jeglicher Art. So schließe ich ab mit Funny van Dannen:

„Und weil ich immer so friedlich bin brauch' ich zum Ausgleich ein bisschen Krieg, und deshalb höre ich privat am liebsten Menschenverachtende Untergrundmusik.“ Also wenn ihr mal richtig entspannen wollt schmeißt die Nebelmaschine an!

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch. Mailt mir, ruft mich an oder schaut einfach vorbei!

Eure Michèle

MICHÈLE KAHL

michele.kahl@gruene-fraktion.region-hannover.de



DER KREIS SCHLIESST SICH

Silke Stokar ist neues Mitglied der Regionsfraktion



Für Silke Stokar schließt sich in der Regionsfraktion der Kreis ihres politischen Werdegangs. Silke rückt für Serdar Saris in die Regionsversammlung nach und ist die neue finanzpolitische Sprecherin der Fraktion.

Damit ist Silke zwar die Neue in der Regionsfraktion, aber in der politischen Landschaft Hannovers ein grünes Urgestein. Ihre politische Vita begann 1981 als Gründungsmitglied der Grün-Alternativen Bürger-Liste (GABL) Hannover. Von 1984 bis 1987 engagierte sie sich als Kommunalpolitikerin im Rat der Stadt Hannover. Von 1994 bis 2002 war sie die innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion und von 2002 bis 2009 innenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag.

Mit 57 Jahren mischt Silke Stokar, inzwischen stolze Großmutter, jetzt wieder in der Kommunalpolitik der Region Hannover mit. Und Sie hat sich einiges vorgenommen. „Wir werden zur Kommunalwahl 2011 die rot-grüne Politik in der Region Hannover gegen die neoliberalen Angriffe aus dem schwarz-gelben Lager verteidigen und an unseren Grundsätzen einer nachhaltigen und generationengerechten Finanzpolitik festhalten“, erklärt Silke.

„Dazu gehört für mich der Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeiten durch eine faire Finanzausstattung für die Region. Es kann nicht sein, dass die Haushaltsmittel durch kommunale Pflichtaufgaben

aufgefressen werden und für die freie politische Gestaltung kein Spielraum bleibt. Wir brauchen mehr Steuereinnahmen für die kommunale Selbstverwaltung. Neben dem Schuldenabbau ist der Erhalt der kommunalen Werte eine wichtige Zukunftsinvestition“, so Silke zu ihren Zielen als finanzpolitische Sprecherin der Regionsfraktion.

„Die jüngsten Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung sind eine Aufforderung zum Widerstand. Wir werden die Region Hannover nicht kaputt sparen, ausgeglichene Haushalte sind ohne Einnahmeverbesserungen nicht möglich. Es kann nicht sein, dass die Schwarz-Gelben in Bund und Land uns zuerst das Geld wegnehmen und uns dann mit Sparauflagen zum Vollzug ihrer neoliberalen Politik zwingen“, stellt Silke klar. Sie kündigt an, dass wir uns nicht in die Privatisierungsfalle treiben lassen werden und wir an der Finanzierung einer konsequenten Umweltpolitik genauso festhalten wie an dem Erhalt der sozialen Standards in der Region. Die grüne Regionsfraktion freut sich auf die engagierte Zusammenarbeit mit Silke Stokar. Nach dem Ausscheiden von Serdar Saris ist Silke Stokar eine weitere starke politische Person, die das Profil der Regionsgrünen zur Kommunalwahl 2011 stärken kann.

Wenn Silke Stokar keine grüne Politik macht, trifft ihr sie in ihrem neu erworbenen Kleingarten in Stöcken. Neben ganz vielen Wildkräutern - einige Gartennachbarn bezeichnen dies immer noch als Unkraut - gibt es bereits Tee von marokanischer Minze und demnächst frische Erdbeeren und zur Entspannung ein Lavendelfußbad.

Grün(er)leben in der Region Hannover, dies hat Silke sich nach den Jahren in Berlin auch für sich ganz persönlich vorgenommen.

NORMAN SEIBERT

norman.seibert@gruene-fraktion.region-hannover.de



AUS DEM RATHAUS

HANNOVER 1. FAIRTRADE-STADT IN NIEDERSACHSEN

Grüne Initiativen für Fairtrade tragen Früchte: Neben Ausschank von Fairtrade-Kaffee im Rathaus, Sportbällen für Schulen aus fairem Handel, Dienstkleidung der Feuerwehr ohne ausbeuterische Kinderarbeit ist Hannover seit dem 03. Mai 2010 „Fairtrade-Stadt“, und zwar die erste in Niedersachsen. Hintergrund ist die bundesweite Kampagne von Transfair e. V. aus Köln. Der Titel ist weiter auszufüllen, um zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen benachteiligter ProduzentInnen in fernen Ländern beizutragen, z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit für zertifizierte Grabsteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit.

GESUNDES MITTAGESSEN AN GANZTAGSSCHULEN

Auf Grüne Initiative hin wird die Verwaltung per rot-grünem Antrag beauftragt, Empfehlungen zu gesundem Mittagessen an Ganztagschulen zu entwickeln. Es sollen biologische, saisonale, regionale und fair gehandelte Lebensmittel einbezogen werden. Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen sollen entsprechende Leitfäden mit praxisorientierten Handlungsempfehlungen für eine gesunde Verpflegung vorgelegt werden, u. a. mit Bezugsmöglichkeiten für gesunde Lebensmittel, Organisationsmöglichkeiten für gesundes Essen sowie Beratung zu Finanzierungsfragen.

DATENKRAKE GOOGLE: GEGEN AUSFORSCHUNG

Auf Grüne Initiative hin hat rot-grün einen Antrag bezüglich Google Street View eingebracht: Die Verwaltung soll frühzeitig die BürgerInnen informieren, dass sie gegen die Street View-Veröffentlichungen Widerspruch einlegen können, um sich vor ungebeter Ausforschung und Datenmissbrauch im Internet zu schützen. Widerspruchformulare sollen über das Internet und die Bürgerämter bereitgestellt werden. Es darf nicht sein, dass Google Persönlichkeits- und Datenschutzrechte beschneidet. Personen und Objekte mit Personenbezug wie z. B.

KFZ-Kennzeichen müssen anonymisiert werden.

Darüber hinaus hat sich herausgestellt, dass Google auch in Hannover illegal Daten aus örtlichen Funknetzen während der Street View-Erfassung aufgenommen hat. Hierbei wurden Daten von E-Mails und Webseiten gespeichert. Wir haben die Verwaltung daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass illegal erfasste Daten nachweislich gelöscht werden. Dieser Vorfall zeigt umso mehr, dass mit Google extrem vorsichtig umgegangen werden muss.

MEHR DATENSCHUTZ BEI ELENA

Auf Grüne Initiative hin wird die Stadtverwaltung per rot-grünem Antrag aufgefordert, sich für ein Aussetzen des Verfahrens zum Elektronischen Entgelt-nachweis (ELENA) einzusetzen. Hintergrund ist die seit Januar 2010 bestehende Bundesregelung, dass ArbeitgeberInnen sämtliche Entgelt-daten ihrer Beschäftigten digital an eine zentrale Speicherstelle der Deutschen Rentenversicherung übermitteln müssen. Die auf einer gigantischen Datenbank gespeicherten Daten von ArbeitnehmerInnen (bundesweit 40 Millionen Menschen) sollen zu einer Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung führen. Das Verfahren ist allerdings datenschutzrechtlich sehr bedenklich: Neben Entgelt-daten sollen auch sensible persönliche Daten über Arbeitskampftage, Abmahnungen, Kündigungen, Entlassungen etc. zentral gespeichert werden. Aus unserer Sicht muss das Verfahren vom Bund erst einmal datenschutztauglich gestaltet werden, bevor es in die Umsetzung geht. Bezogen auf die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin fordern wir in dem rot-grünen Antrag auch, dass Beschäftigte aktiv über ihr Auskunftsrecht informiert werden, welche Daten von der Stadtverwaltung im Rahmen ELENA weitergegeben werden.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

Teil 2*: Der Krimi um den Asbestberg in Wunstorf-Luthe wird fortgesetzt.

Was waren wir glücklich, als das OVG Lüneburg mit seinem Beschluss¹ die Asbestverlagerungspläne der Region Hannover nach Lahe stoppte. BefürworterInnen (auf Seiten der Grünen Regionsfraktion) und GegnerInnen dieser Pläne (Bl gegen Asbest-Verschiebung und OV Isernhagen) fielen sich um den Hals. Man war froh, weil aus dieser Konfrontation herausgekommen zu sein. In einem anschließenden innergrünen Gespräch im Regionshaus waren wir uns einig, dass die Maßstäbe des Gerichtsbeschlusses auch für die Arbeiten vor Ort gelten müssten und ein Transport daher ausgeschlossen sei. Deshalb müsse sich alles auf die Sicherung vor Ort konzentrieren.

Den NutznießerInnen der Asbest-(Ver)schiebung hat das offensichtlich keine Ruhe gelassen und so unternahm die Verwaltung der Region gut ein Jahr später, im März diesen Jahres, einen Vorstoß in die alte Richtung, nur dass dieses Mal das Ziel der Verlagerung noch gar nicht bekannt ist.

Vorarbeit war geleistet worden: Das Land Niedersachsen hat versucht, durch Modifizierung der LAGA-Vollzugshilfe² die Stolpersteine des Gerichts aus dem Weg zu räumen. Nur leider hat man dabei übersehen, dass das zu behandelnde Material (asbesthaltige Abfälle aus der Herstellung von Asbestzement) im LAGA-Anhang gar nicht aufgeführt ist.

Doch zurück zur innergrünen Diskussion: Der zuständige Grüne Regionsabgeordnete Ulrich Schmiersow entwickelt wieder eine Sympathie („relativ gleichwertig“) für die Verlagerung. Daraufhin besucht unser OV-Vorsitzender Christoph Schroer die nächste Sitzung der Regionsfraktion, bei der ihm zugesichert wird, dass diese auf keinen Fall einen neuen innergrünen Konflikt will und dass wir vor Entscheidungen

*Teil 1 kann hier nachgelesen werden: <http://www.gruene-hannover.de/land/isernhagen/meldungen/1625067.html>

1 siehe <http://www.gruene-hannover.de/land/isernhagen/meldungen/2277379.html>

2 eine Verwaltungsanweisung für den Umgang mit Asbest

rechtzeitig informiert werden.

Statt dessen erfahren wir aus der Presse, dass die Grünen einverstanden seien mit der Umlagerung (unter Umgehung der durch das OVG Lüneburg gemachten Auflagen wie Unterdruckzelt und BigBags). Ulrich Schmiersow wird sogar mit den Worten zitiert: „Hier muss endlich etwas passieren.“ Auch wenn die Aussage in einem nachfolgend anberaumten Gespräch zwischen Mitgliedern der Fraktion und unserem OV relativiert wurde, bleibt festzuhalten, dass inzwischen die Grünen diese, im Gleichklang mit der Verwaltung, als die vorteilhaftere Lösung ansehen und demzufolge auch der Vorlage zugestimmt haben.

Die Frage ist, was soll dann ein klärendes Gespräch vor der Abstimmung, in dem man uns mit VerwaltungsmitarbeiterInnen konfrontiert und wir uns im Nachhinein den Vorwurf gefallen lassen mussten, dass wir diese herabwürdigten. Uns ging und geht es nach wie vor um Inhalte, z.B. auch um das Arsen, mit dem man den Luthern Angst zu machen versucht. Das heißt, wir haben keine Probleme auch Argumente von politischen MitbewerberInnen, wie die Bau-feld-Gutachten³ ernstzunehmen, wenn sie uns stimmig erscheinen. Dagegen haben wir sicherlich nicht das Problem der Koalitions-Treue (die SPD hatte sich kurz vorher für die Verlagerung entschieden). Vielleicht erklärt das die unterschiedlichen Positionen, befriedigend ist es aber nicht.

Wenn man von Fachleuten untermauerte Argumente vorlegt, kann man zumindest eine kritische Prüfung verlangen. Das ist aber **(bisher) nicht erfolgt!**

³ Dr. Bau-feld hatte für die Linke zunächst ein Gutachten über die Möglichkeit der Heranziehung der Verursacher (Fulgurit) und aktuell über die Rechtswidrigkeit der jetzt geplanten Asbestverlagerung erstellt.

SIEGFRIED LEMKE

sielemke@web.de



DEBATTE UM DIE ASBEST-ALTLASTEN IN WUNSTORF

Die Geschichte der Asbestzementschlammhalde in Wunstorf ist lang. Die Debatte um die Entsorgung des kritischen Materials fast ebenso lang – und wieder umstritten.

Ob das Material vor Ort bleiben soll oder zu einer Deponie transportiert wird, muss politisch entschieden werden. Eines ist aber klar: So wie jetzt, kann die Halde nicht bleiben. Bei mangelhafter Abdeckung können aufwirbelnde Asbestfasern bei Trockenheit die Gesundheit der AnwohnerInnen gefährden.

Asbesthaltige Abfälle sind rechtlich als gefährliche Stoffe eingestuft und dürfen nur so abgelagert sein, dass eine Freisetzung von Fasern ausgeschlossen ist. Diese

Voraussetzung erfüllt die Halde in Wunstorf nicht. Darüber hinaus wäscht Sickerwasser aus der Schlammhalde im Boden vorhandenes

Arsen aus und verunreinigt das Grundwasser. Dem Vorsorgeprinzip folgend müssen wir diese Gefahren unterbinden. Wir sind fest überzeugt, dass hier endlich etwas passieren muss. Dabei haben wir die volle Unterstützung der Wunstorfer Grünen: „Wir sind froh, dass sich die Regionsfraktion um eine Entscheidung bemüht, und sehen die Vorteile des Abtransports.“

Zur Vorbereitung haben wir uns mit den Grundlagen beschäftigt. Technisch gibt es zwei Varianten, die von der Halde ausgehenden Gefahren zu unterbinden. Erstens die Sicherung vor Ort und zweitens den Gesamtabtrag mit Entsorgung des Haldenmaterials auf einer hierfür zugelassenen Deponie, außerhalb der Region Hannover, da hier keine zur Verfügung steht.

Sowohl bei der Sicherung vor Ort, als auch beim Abtransport muss das kritische Material angefasst werden. Die umfangreiche Neumodellierung ist wegen steiler Böschung und zu kleinem Grundstück erforderlich. Beides birgt die Gefahr von Faserfreisetzung. Aber Vorteile eines Abtransports liegen in der Nachhaltigkeit der Maßnahme, dem Flächenrecycling und

darin, dass keinerlei Nachsorgepflichten verbleiben.

Das OVG Lüneburg beschloss im Frühjahr 2009 im Eilverfahren, dass die Beförderung mit Bigbags erfolgen muss. Der Transport wurde nicht ausgeschlossen. Im darauffolgenden Herbst wurde aber die Richtlinie des Bundes ‚LAGA-Vollzugshilfe‘ geändert. Demnach ist heute die Anlieferung von einer Schlammhalde dieser Größe nicht mit Bigbags erforderlich.

Insgesamt sehen wir Vorteile für die Verlagerung auf eine geeignete Deponie, wenn beim Transport die oberste Priorität bei Sicherheit und Kontrolle liegt. Wir befürworten einen Bahntransport, um lange gefährliche Strecken im Straßenverkehr zu vermeiden.

Unsere alte Forderung, den Transport durch eine Logistikmanagementzentrale überwachen und steuern zu lassen, bleibt. Dadurch können Risiken wie Unfälle und Staus minimiert werden.

In jedem Fall befürworten wir, wegen des Risikos von Faserfreisetzung, über die bestehenden Arbeitsschutzrichtlinien hinausgehende Sicherheitsstandards vertraglich zu regeln. Für Wunstorf bestünde bei streik- oder insolvenzbedingten Arbeitsunterbrechungen zusätzliche Gefahr. Hierfür sollen Regelungen getroffen werden, die den durchgängigen Schutz gewährleisten. Für die Öffentlichkeit verlangen wir vor, während und nach der Haldenbehandlung umfassende Informationen durch die Regio-verwaltung.

Wenn die Sicherheitsstandards bei einem Abtransport nicht eingehalten werden können, sprechen wir uns für ‚Plan B‘ aus – die Sicherung vor Ort.

ULRICH SCHMIERSOW

ulrich.schmiersow@t-online.de



ÜBERWÄLTIGENDE BETEILIGUNG

Die Grünen der Wedemark veranstalteten am 9. Mai zum 20. Mal ihren beliebten Ökomarkt im historischen Amtsgarten in Bissendorf, die Sonne schien und die Menschen kamen in Scharen.



PROMINENTER GAST BEIM ÖKOMART-JUBILÄUM: STEFAN WENZEL, FRAKTIONSVORSITZENDER DER NIEDERSÄCHSISCHEN GRÜNEN.

Der Biohof Hemme hatte den ersten Stand gleich vor dem Fachwerkgebäude der Bücherei. Dort begrüßte ein Lämmchen der alten ostpreußischen Schafrasse der Skudden Groß und Klein mit Freudenstößen und Mähruhen. Gegenüber zeigte ein Fahrradladen Räder neuester Machart mit Elektrounterstützung. Dazwischen bahnten sich die Ponys der Brelinger Zwerge mit glücklichen kleinen ReiterInnen ihren Weg durch die Menge.

Über Töpfereien, Kunsthandwerk, Kräutern und Gemüsepflanzen kam man zum CVJM, der sich den ganzen Tag mit den Kindern beschäftigte: Der Rauch vom Lagerfeuer, an dem Stockbrot zubereitet wurde, und fröhlicher Gesang wehten über den Markt. Amnesty sammelte Unterschriften, der Nabu verteilte interessante Broschüren, die BI Wietze klärte über die Massentierhaltung auf und die Grünen konnten viele Menschen begrüßen. MdL Stephan Wenzel, der in der Wedemark aufgewachsen ist, wurde vielfach angesprochen und kam mit BürgerInnen und der örtlichen Presse ins Gespräch.

Die Wedemärker Gemeidewerke stellten ihre Arbeit vor und zum ersten Mal war die Reiki- und

Steinstube der Wedemark mit dabei. Während sich die Menschen original Bio-Crepes und -Eis, Rosenprosecco, Ökokäse und Bio-Falafel schmecken ließen, gab es Konzerte der Musikschule: Ein Kinder-Flötenensemble und ein Saxophonquartett der Jugendlichen musizierten, etwas ältere Kinder spielten Gitarre – zur Freude der Besucher und der stolzen Eltern und Großeltern.

Marmelade – noch von Hand gemacht, aus Früchten aus dem eigenen Garten und Wald und Flur – wurde gerne gekauft, ebenso erlesenes Olivenöl von Landwirten aus Kreta und Brotaufstrich, vegan und raffiniert gewürzt.

Ein gelungener Jubiläumsmarkt, der Gelegenheit bot zu zeigen, wie gut Bio schmeckt und aussieht, wie schön es ist, etwas selbst zu machen, wie viel man mit einer Unterschrift bewegen kann, wie gefährlich Gentechnik ist, wie intensiv Biokräuter duften und dass die Grünen nicht nur mahnen und warnen, sondern auch was richtig Tolles auf die Beine stellen können.

ANGELA KLINGRAD
klingrad@
gruene-hannover.de



BESUCH IN DER ÜSTRA-WERKSTATT

Die Verkehrs-AG von Bündnis 90/Die Grünen besichtigte am 12. April die Üstra-Zentrale an der Glocksee.



Zu Beginn stand die Besichtigung der Leitstelle, die als Zentrale den gesamten Bus- und Bahnverkehr überwacht und steuert, auf dem Plan. Rund um die Uhr sorgen MitarbeiterInnen für reibungslosen Nahverkehr in Hannover und Umgebung. Die Gruppe wurde anschließend durch die Werkstatt geführt. Neben den Stadtbahnen die zur regelmäßigen Hauptuntersuchung in der Werkstatt stehen, wurde auch die Karambolage-Abteilung besichtigt. Dort werden die Bahnen, die durch Unfälle oder Vandalismus demoliert sind, wieder hergerichtet. Zum Abschluss hat die Gruppe über den Einsatz von Niederflurbahnen kontrovers diskutiert.

DIAGNOSE: UNHEILBAR?

Wohin steuern CDU und FDP das Gesundheitswesen? Eine Veranstaltung in der Reihe "Das Fenster zum Hof" mit Brigitte Pothmer und Biggi Bender



Das deutsche Gesundheitswesen steht am Scheideweg: entweder geht es weiter in Richtung Zwei-Klassen-Medizin oder es gelingt endlich der große Wurf zugunsten eines Konzepts der solidarischen Finanzierung und der gleichberechtigten gesundheitlichen Versorgung aller. Die erfreulicherweise immer älter werdende Gesellschaft und die Fortschritte

in der medizinischen Entwicklung erfordern in jedem Fall eine Reform der Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Die Bundesregierung möchte weiterhin zwischen privat und gesetzlich Versicherten spalten, den Arbeitgeberbeitrag festschreiben und für Versicherte die Kopfpauschale einführen. Das grüne Modell heißt: solidarische Bürgerversicherung für alle, Patientenorientierung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie vernetztes Arbeiten aller Gesundheitsberufe. Brigitte Pothmer begrüßt hierzu die Expertin der Grünen Bundestagsfraktion in Sachen Gesundheitspolitik, Biggi Bender.

Anmeldungen bis zum 22. Juni: Regionalbüro Brigitte Pothmer (05121 9990203 oder briggitte.pothmer@wk.bundestag.de)

Mo., 28.06.2010, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr. Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG), Hannover.

T E R M I N E

21.06. 20:00
Der Grüne Tisch: "Kommunale Finanzen im freien Fall", Marie Curie Schule, Raum 100, Am Sportpark 1, Ronnenberg-Empele

22.06. 18:00 Uhr
Platz da! - Trendsport in Hannover - selbst bestimmt oder reglementiert? Neues Rathaus, Mosaiksaal, Trammplatz 2

22.06. 18:00
AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Neues Rathaus, Raum Leipzig

22.06. 19:00
Regionsparteirat, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

28.06. 19:00
Diagnose: unheilbar? Wohin steuern CDU und FDP das Gesundheitswesen? Mit Biggi

Bender und Brigitte Pothmer. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

03.07. 10:30
Deisterwanderung mit Andreas Hartig, In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Bahnhof Egestorf/Deister.

09.07. 17:00
Rundgang durch das historische Linden. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Nachtwächterbrunnen am Lindener Markt.

21.07. 16:00
Das Krankenhaus der Zukunft. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche", Haupteingang Siloah Krankenhaus

24.07.
Besichtigung Bergwerk Barsinghausen. In der Reihe "Besondere

Orte - Besondere Besuche". Treffpunkt Bahnhof Barsinghausen

03.08. 17:00
Diskussion zu Leinenzwang von Hunden, Neues Rathaus, Hodlersaal

05.08. 18:00
Hannovers Patenschaft mit der 1. Panzerdivision - Unterstützung einer demokratischen Armee oder Militarisation der Gesellschaft? Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

07.08. 17:30
Besuch Tamilisch Hinduistischer Tempel. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Carl-Bruderus-Str 3a

08.08. 11:30
Fahrradtour durch Sehnde und Lehrte. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Bahnhof Sehnde.

09.08. 18:00
AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1,UG

11.08. 19:00
Grüne Mahlzeit, zu Gast im Paradies. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche".

13.-15.08.
Campo Verde, Potshausen, Ostfriesland

16.08. 18:00
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1,UG

17.08. 14:00
AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

17.08. 18:00
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

18.08. 18:00
AG Frauen

18.08. 18:00
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

24.08. 18:30
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Christian Gailus, Sven-Christian Kindler, Filiz Polat, Meike Schümer, Michèle Kahl, Ruth Wenzel, Michael Dette, Dietmar Beck, Enno Hagenah, Maaret Westphely, Christopher Bodirsky, Brigitte Pothmer, Astrid Barendscheer-Heisecke, Ulrike Witte, Andreas Quasten, Dirk Musfeldt, Günter Wulfert, Siegfried Lemke, Ulrich Schmersow, Angela Klingrad, Heidi Linder, Carolin Jaekel, Jan Haude, Norman Seibert, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im September 2010.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66
region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend er-

wünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.



AKTIV GEGEN NAZIS

Rechtsextreme Strukturen erkennen

Gegenbewegung vernetzen

Solidarisch handeln

Anmeldung und Infos unter: www.aktiv-gegen-nazis.org

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

UNI LÜNEBURG